

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Voh-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7190.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die sechsheftige Koloniel-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Karl L. Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonnabend, den 23. Dezember 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Genossen und Genossinnen!

Wenn jemals eine Zeit war, wo die Genossinnen und Genossen ein Blatt gebrauchten, das Tag für Tag die Geschehnisse nah und fern ihnen vorführt, sie unterrichtet über das, was öffentlich und geheim von den Machthabern gegen das arbeitende Volk geplant wird, so ist es die gegenwärtige Zeit, die man mit Recht eine raschlebige Zeit genannt hat, weil sich in ihr immer mehr und immer folgenschwerere Ereignisse zusammenhängen. Vor einem Jahrhundert war die Welt freilich auch in gewaltiger Bewegung — Staaten wurden geformt und zertrümmert, als ob sie knetbarer, zerbrechlicher Thon wären und die Kriegsjurie raste durch die Länder. Allein mit Ausnahme des französischen Volkes, das nach vollendeter Revolution des „dritten Standes“ vor den Siegeswagen Napoleons gespannt worden war, verharrten die Völker des europäischen Festlandes noch in stumpfer Gleichgültigkeit. Sie dachten nicht daran, Herren ihres eigenen Schicksals zu sein, und wurden von den fürstlichen Landesherren wie Schafheerden zur Schlachtbank getrieben.

Das ist heute anders. Auch heute rast noch die Kriegsjurie; auch heute gelten die Völker den Großen der Erde als Kanonensutter, und das Kanonensutter ist sogar weit massiger heute vorhanden als damals. Waren die „großen Armeen“ Napoleons doch Zwergheere verglichen mit unseren Riesenarmeen, die in den Staaten unseres europäischen Festlandes zusammen Dutzende von Millionen stark sind.

Ein wesentlicher Unterschied ist aber zwischen heute und damals: heute sind die Völker in Bewegung, der Geist der Gleichheit und Freiheit ist in ihnen erwacht, aus dem Klassenkampf, dessen Brandfackel der Kapitalismus, dieser „neue Herr“, durch seine unerfättliche Hab- und Herrschsucht in die Welt geschleudert hat, ist der Socialismus ins Leben gerufen worden, und er hat die Völker zum Bewußtsein gebracht. Heute sind es nicht mehr die Fürsten, die nach „Bergnügen“ und Willkür die Geschehnisse der Menschheit lenken, heute spielen die Völker mit auf dem Schachbrett der Geschichte. In Wirklichkeit sind alle Kämpfe der Gegenwart Kämpfe zwischen Kapitalismus und Socialismus. Und in keinem Lande ist das so sichtbar wie in Deutschland, wo die kapitalistische Wirtschaft, infolge unserer ökonomischen und politischen Rückständigkeit sich schneller entwickelt, und durch das Eintreten des rohen Junkertums in den Dienst des „neuen Herren“, einen gewaltigeren, brutaleren Charakter angenommen hat, als in irgend einem anderen Lande der Erde.

Die ganze Entwicklung, wie sie sich vor unseren Augen vollzieht, dreht sich um diesen Kampf zwischen Socialismus und Kapitalismus, dessen Pretorianergarde in unserem Vaterlande das Junkertum geworden ist. Die Liebesgaben und der Prot- und Fleischwucher — der Militarismus und das Socialistengefetz, Umsturzegefetz, Zuchtstrafgefetz — die Flottenvorlage und die Kolonial- und Weltpolitik — all' diese, dem oberflächlichen Betrachter nicht mit einander zusammenhängenden Erscheinungen sind organische Folgen desselben Systems, sind auf eine gemeinsame Wurzel zurückzuführen — ebenso wie der Voerenkrieg und die anderen Raubkriege der Gegenwart. Und diese eine gemeinsame Wurzel ist der Kapitalismus, den zu bekämpfen und zu überwinden die weltgeschichtliche Mission des Socialismus ist.

Das ist ein Kampf, wie die Welt noch keinen gesehen hat, und jede Frau und jeder Mann, die von dem Gefühl der Menschenwürde durchdrungen sind, hat die Pflicht, in diesem Kampf mitzukämpfen.

Genossinnen und Genossen! Euer bester Führer im Kampf, Euer beste Waffe im Kampf, Euer bester Agitator im Kampf ist Euer Organ, der „Vorwärts“, der dank Eurer Unterstützung vielleicht die einflussreichste Zeitung Deutschlands geworden ist; und der mit Eurer Unterstützung noch einflussreicher, eine noch mächtigere Waffe im Befreiungskampf werden muß.

Sorgt für die weiteste Verbreitung des „Vorwärts“. Neue Abonnenten sind neue Mitstreiter in dem heiligen Krieg der Arbeit und Kultur gegen Ausbeutertum und Barbarei. Jede und jeder von Euch hat eine Freundin, hat einen Freund, der noch nicht vollkommen für unsere Sache gewonnen ist. Gewinnt sie für unsere Sache! Gewinnt sie für den „Vorwärts“!

Auf dem Theater der internationalen und nationalen Politik bereiten sich Ereignisse von außerordentlicher Tragweite vor — Ereignisse, welche die Staaten und das Verhältnis der Staaten zu einander von Grund aus verändern und die Stellung der Völker zu den Regierungen auf eine neue Grundlage stellen werden.

Für unser Deutschland insbesondere ist die jetzige Reichstagsession die bedeutendste, die wir je gehabt haben.

Es gilt, der Flottenvorlage das Schicksal ihrer Zwillingsgeschwester, des Zuchtstrafgesetzes, zu bereiten, — es gilt die Quelle zu verstopfen, aus der die gemein-schädlichen Gesetze hervorkommen, — und es gilt, keinen Zweifel darüber zu lassen, daß der Wille des Volks oberstes Gesetz ist.

Der „Vorwärts“ wird in diesen Kämpfen Führer sein und Vorkämpfer.

Genossinnen und Genossen! Schart Euch um den „Vorwärts! Werbt für den „Vorwärts“ — Euer Organ.
 Das ist Eure Schuldigkeit!

Mit dem 1. Januar eröffnen wir ein neues Abonnement auf den „Vorwärts“ mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden Unterhaltungsblatt und der Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“.

Im Unterhaltungsblatt beginnen wir am 1. Januar mit dem Abdruck des neuen, in der Eifel spielenden Romans von **Alara Siebig**:

Das Weiberdorf.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen zum Preise von

3 Mark 30 Pfennig

für die Monate Januar, Februar, März

entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 7971.)

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Offizielle Flottenverteidigung.

II.

Man thut dem Geschick von der Vernichtung des deutschen Außenhandels zu viel Ehre an, wenn man es allzu ernst nimmt; in der Hauptsache ist es doch nur eine geschickte Spekulation auf die Gemütsstimmung großer politischer Kinder. Handelt es sich tatsächlich darum, wie vorgegeben wird, unserer Industrie und unserem Außenhandel neue Absatzgebiete zu eröffnen und sie vor störenden Eingriffen zu schützen — das Ziel ließe sich auf anderem Wege viel leichter erreichen: durch Hebung des inneren Konsums und eine veränderte Handelspolitik. Es ist in letzter Zeit immer wieder auf die stetige Ausdehnung des englischen Außenhandels in den letzten Jahrzehnten hingewiesen. Dabei unterlaufen die seltsamsten Behauptungen. Tatsächlich ist Großbritanniens und Irlands Ausfuhr in den Jahren 1870 bis 1890 nur relativ wenig gestiegen und seitdem macht sich sogar (wenn man von der gegenwärtigen Prosperitätsperiode absteht) ein Rückgang bemerkbar, wie folgende kurze Tabelle des Totalexports von Erzeugnissen des Vereinigten Königreichs zeigt:

	Dellariester wirtlicher Wert der Ausfuhr	
	nach dem Ausland	nach brit. Besizung.
1870 . . .	147 772 599 Pfd. Sterl.	51 814 223 Pfd. Sterl.
1880 . . .	147 806 267 „	75 254 179 „
1890 . . .	176 160 209 „	87 370 383 „
1897 . . .	153 544 645 „	80 675 063 „

Daraus ergibt sich, daß die Produktionssteigerung, die gerade fürs letzte Jahrzehnt sich nachweisen läßt, durch den inneren Markt konsumiert worden sein muß, und tatsächlich zeigen verschiedene Berechnungen des einheimischen englischen Verbrauchs dies aufs deutlichste. Zum Vergleich des englischen Konsums mit dem deutschen hier einige kurze statistische Angaben. Es wurde im Jahresdurchschnitt des Zeitraumes von 1891 bis 1895 pro Kopf der Bevölkerung konsumiert:

	In Großbritannien und Irland	In Deutschland
An Eisen	176,8 Kilogr.	100,3 Kilogr.
An Wolle	5,6 „	3,3 „
An Baumwolle	18,0 „	5,0 „
An Zute	5,8 „	1,8 „
An Zucker	93,7 „	10,7 „
An Bier	131,8 Liter	109,7 Liter
An Fleisch	121,7 Kilogr.	? (Etwa 60 Kilogr.)*

Die kurze Aufstellung beweist, welcher Ausdehnung noch der deutsche innere Markt fähig ist. Allerdings muß zugegeben werden, daß neben verschiedenen andern Ursachen auch Englands steigender Außenhandel in den Jahren 1890 bis 90 an der Zunahme des Konsums der großen Masse seinen Anteil gehabt hat, insofern als die periodisch durch ihn hervorgerufene angespannte industrielle Tätigkeit den Arbeitern ermöglichte, während dieser Zeit der guten Konjunktur sich höhere Löhne und damit eine höhere Lebenshaltung zu erkämpfen. Aber man sollte dann auch nicht vergessen hinzuzufügen, daß den englischen Arbeitern die Vorbedingungen zur Erlämpfung solcher Lebenshaltung durch Arbeiterschutz-Gesetze, freies Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrecht gegeben waren, während in nennenswerten Reich preussischer Nation jedes Aufstreben der Arbeiter unter polizeilichen Chiffanen steht, die Regierung zu Gunsten der

*) Der Fleischkonsum läßt sich nur für einzelne deutsche Staaten und Großstädte nachweisen. In Sachsen belief er sich im jährlichen Durchschnitt von 1891—95 auf 74,4 Kilogramm pro Kopf, für Berlin (nach Böhrs statistischem Jahrbuch) auf 72,97 Kilogramm, für Stuttgart auf 61,5 Kilogramm, in Breslau (1890—95) auf 44 Kilogramm. Im Durchschnitt für das ganze Deutsche Reich wird er kaum 60 Kilogramm pro Kopf übersteigen.

Herrschaftsgelüste profitgieriger Großindustriellen lustende Gefeschnovellen à la Zuchtstrafvorlage einbringt, und der Reichstag mit Hohn den von der socialdemokratischen Fraktion eingebrachten Gesetzentwurf zum Schutz des Koalitionsrechts zurückweist.

Ein weiteres Mittel, unseren Absatz zu heben, wäre eine andere Handelsvertragspolitik. Deutschland hat wesentlich geringere Transportkosten nach Rußland, Oesterreich-Ungarn, Dänemark, Schweden usw. als England. Dennoch betrug unser Export im vorigen Jahr nach Oesterreich-Ungarn nur 454 Millionen Mark, nach Rußland 441 Millionen Mark, nach Dänemark 120 Millionen Mark, während gleichzeitig England nach diesen Ländern eine große Menge Industriewaren absetzte, die wir ebenso gut und vielleicht besser hätten liefern können. Aber es kann nun einmal ein Land nicht zugleich moderner Industriestaat und halbfeudaler Agrarstaat sein. Selbstverständlich ist, daß jedes Land, das von einem anderen die ihm fehlenden Erzeugnisse aufnimmt, dafür an dieses seinen eigenen Produktionsüberschuß abzugeben sucht, und dieser Ueberschuß besteht bei einem Land, das Industriewaren braucht, also selbst vorwiegend Landwirtschaft treibt, natürlich in landwirtschaftlichen Produkten. Hier aber setzt das Interesse unseres ostelbischen Junkertums ein, das sich mit allen Mitteln der fremden Konkurrenz zu erwehren und durch Zölle, Eisenbahn-Tarife, Grenzübergangs-Bestimmungen usw. die Einfuhr zu hindern sucht, um sich für seine Erzeugnisse möglichst hohe Preise zu sichern. Und so muß die deutsche Exportindustrie in Afrika und Melanesiens Ziebelkolonien einen halb zwangsweisen Absatz suchen, den sie bequemer in der Nähe haben könnte, damit nur neben dem industriellen Westen des Deutschen Reiches der feudale Osten in seiner Rückständigkeit und junkerlichen Herrlichkeit erhalten bleibt.

Wäre tatsächlich die Ausdehnung unserer Industrie das eigentliche Ziel der Flottenvorlage, es bliebe unerklärlich, daß das Junkertum für die Vorlage eintritt, nachdem es sich erst vor einiger Zeit der Absicht des Oberpräsidenten v. Gohler widersetzt hat, die Industrie nach dem idyllischen preussischen Osten zu verpflanzen, und nachdem erst kürzlich wieder in der Reichstags-Sitzung am 12. d. Mts. Graf Limburg-Sturum sich gegen „das Motto von der Entwicklung zum Industriestaat“ wandte. Doch die angebliche Hebung der Industrie und der Säug der Küsten sind höchstens falls Nebenmotive zur äußeren Verschönerung, außer ihnen hat jede der flottenbegeisterten Klassen noch so etliche Hauptmotive, die sie zu ihrem rührenden Bewilligungseifer treiben. Für die Eisenindustriellen, die an Schiffswerften beteiligten Aktionäre, die auf Plantagen-Konzeptionen und Faktorei-Anlagen oder Dampferubventionen spekulierenden Großkaufleute und Kneeder bestehen diese Motive in der Verschaffung recht hoher Profite, für die Konserverativen und ihr Anhängsel, die höhere Bürokratie in der Stärkung des Militarismus, Ausdehnung der unter ihrem Einfluß stehenden Staatsverwaltung, Beförderung und Gehaltserhöhung, Wiedererlangung der an höchster Stelle verscherten Gunst und schließlich — nicht zuletzt, denn in Bezug auf das Erverben sind die Junker am allerwenigsten Idealisten — die Erlangung von allerlei „Kompensationen“ auf dem Gebiete der Handels- und Schutzpolitik. Und die ostelbische Blüte der Nation wird sich kaum in solchen Erwartungen getäuscht sehen, hat doch die Regierung durch ihren Posadowsky bereits der Landwirtschaft ihr „reiches Wohlwollen“ bei der Milderung des Zolltarifs zugesichert lassen. Eine Flotte zur preussischen Weltpolitik, wie sie sich treffender nicht denken läßt: Die Erbauung einer Flotte, die angeblich der Industrie und dem Handel Schutz bieten und neue Absatzgebiete erschließen soll, wird durch Zollmaßnahmen eingeleitet, die notwendig beiden einen Teil ihrer bisherigen Absatzgebiete entziehen müssen.

Aber dieser Dualismus zwischen Industrie- und halbmittelalterlichem Junkerstaat beherrscht nun einmal unser ganzes politisches Leben, so muß er auch in der neuesten Welt- und Kolonialpolitik zum Ausdruck kommen. Es ist ja recht brav, wenn professorale Flottenagitatoren heilig versichern, das Deutsche Reich wolle keine Raub- und Kolonialpolitik alten Stils, — leider nur handelt es sich in dieser Hinsicht nicht um das Wollen, sondern um das Können. Ein trotz aller industriellen Entwicklung doch letzten Endes von halbfeudalen Traditionen beherrschter Militär- und Beamtenstaat kann eben keine liberale Wirtschaftspolitik in seinen Kolonien treiben, gerade wie auch Spanien infolge seiner feudalen Heimatinstitutionen in seinen Kolonien nicht anders zu wirtschaften vermochte, wie es gethan. Die bisherigen Erfahrungen mit unseren Kolonien haben es bewiesen, und weitere werden es bekräftigen, mit der Besitzergreifung hält auch die militärisch-bürokratische Verwaltung ihren Einzug, nur noch um einige Grad aggressiver und „patriarchalischer“, wie in den ostpreussischen Landeshöfen daheim. Das mögen die national-socialen und socialliberalen Ideologen bedenken, die in ihrer Naivität von einem deutschen Weltreich nach verbessertem englischen Muster träumen. Zu einer englischen Kolonialpolitik gehören auch englisch-bürgerliche Institutionen. Wer die Flottenvermehrung will, der muß auch die zukünftigen Erfolge unserer Welt- und Kolonialpolitik mit ihren unvermeidlichen Rückschlägen auf unsere inneren Verhältnisse mit in Kauf nehmen. Das eine bedingt das andere.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Dezember.

Museinliche Flottenfreunde.

Der Flottenwahn bringt alle alten Parteiverhältnisse durcheinander. Parteien, die sonst eifrige Förderer der Militärmacht waren, fügen sich nun bereitwillig und aus Gründen der Parteitaktik in die Flottenbegeisterung. Andere Parteien, die früher dem Kartell der Militärbewilliger fern standen und zwischen ja und nein bei Verfügungen des Kriegsbudgets unschlüssig schwankten, sie tanzen jetzt voran im storkbantenreigen der weltpolitischen Trunkenheit. Dieser Art sind insbesondere die einstigen Freunde Eugen Richters, von dem sie aber jetzt ein ganzes Weltmeer trennt, die Vertreter des Großhandels in der freisinnigen Vereinigung, Herr Ricker und Herr Barth. Das Berliner Tageblatt und die „Nation“ haben endlich Gelegenheit gefunden, einmal ohne wenn und aber, ja mit stürmischer Jubelstimmung die Regierung zur Verfügung zu stellen. Sie haben im Wasser-patriotismus hervorragende Fortschritte gemacht, daß selbst Farrer Ramanns Segen ihnen nicht fehlt und daß die Flottenprofessoren ihnen die Hand drücken.

Diese neuen Flottenfreunde sind aber ganz und gar nicht nach dem Gesinnung der erbeinvererbten Vorkämpfer der „Vaterlandsverteidigung“. Die „Post“ bekundet arges Grauen vor diesem Flottenhüftler; sie spricht von „Einschleppung freihändlerischer und sozialistischer Kontrebände“.

Wahrscheinungen verschiedener Art deuten darauf hin, daß die drei Gruppen der freisinnigen Vereinigung, der sozialisierenden Professoren und der National-Sozialen Raumannscher Richtung die gegenwärtige Flottenkampagne zu benutzen trachten, um sich weiter in den Vordergrund des politischen Lebens zu schieben, als ihrer geringen tatsächlichen Bedeutung zukommt. Alle drei Gruppen stehen, seit Dr. Barth in der „Nation“ Raumann und seinen National-Sozialen die Verdrängung angeboten hat, in engem Zusammenhang. Sollten die hier angebotenen Bestrebungen Erfolg haben, so würde dabei aber nur die freisinnige Vereinigung Vorteil haben, weil die anderen beiden Gruppen politische Nonvaleurs (Nichtwerte) im schlimmsten Sinne des Wortes sind. Die freisinnige Vereinigung hat vor der freisinnigen Volkspartei allein das größere Verständnis für die nationale Bedeutung eines starken Heeres und einer starken Flotte voraus, im übrigen aber ist sie in wirtschaftlicher Hinsicht womöglich noch mangelhafter, als jene, und insbesondere von geradezu fanatisch freihändlerischer Gesinnung. Auf sozialem Gebiet aber hat sie, nach den Äußerungen Dr. Barths zu schließen, den Sprung vom dem äußersten Manchesterium zu der sozialisierenden Richtung Raumanns bereits hinter sich. Die freisinnige Vereinigung steht daher in dem denkbar schroffsten Gegensatz gegen alles, was auf dem Standpunkt der Politik gleichmäßigen Schutzes der nationalen Arbeit steht, und ebenso im vollsten Gegensatz zu allen Bestrebungen, welche auf eine wirksame Bekämpfung social-revolutionärer Tendenzen abzielen. Für die Anhänger der Politik des Schutzes der nationalen Arbeit, wie für die Anhänger einer energischen Abwehrpolitik gegen die revolutionäre Socialdemokratie gilt es daher jetzt, die Augen aufzumachen und dafür zu sorgen, daß nicht unter der Flagge der Flottenbewegung freihändlerische und sozialistische Kontrebände eingeschmuggelt wird.

Die Flottenfreunde erzählen uns, Deutschlands Zukunft liege auf dem Wasser und unser Vaterland müßte elendiglich zu Grunde gehen, wenn nicht ein neues Doppelgeschwader von Zerstörern und neue zahlreiche Panzerkreuzer gebaut würden. Wenn dem so wäre, so sollte man glauben, jeder neue Bundesgenosse, ganz besonders aber reuevolle Sünder, wie die um Ricker und Barth, müßten lauteste Freude in den Hallen des Flottenkults erwidern. Aber die „Post“ ist voll Trauer über die Verringerung der Flottengröße. Ihre schlagfertigste Mitarbeiter, Herr v. Jedlich, verließ den Flottenverein, weil dieser auch einige Nicht-Hochschangjöhner und gar einige socialpolitisch erkrankte Professoren aufnahm. Jetzt sagt sich die Organe des Freiherrn v. Stamm von denen los, welche das Evangelium der Hamburger Kaiserrede mit dem meisten Erfolg gehört haben. Lieber läßt die „Post“ die Flottenpläne zu nichte werden, lieber läßt sie das deutsche Volk in Folge mangelnden Flottenschutzes verhungern und anshungern, als daß sie den Ruhm der Vaterlandsrettung mit Leuten teilen mag, welche nicht jedem Bollwucher und nicht jedem Unterdrückungsgeiz zusagen.

Es muß um die Flottenvermehrung wohl nicht gar dringlich stehen, wenn man die neuen Flottenfreunde so barsch von der Thür jagt.

Der geschickte Taktiker.

Die „Kreuz-Zeitung“ beginnt mit einer Artikelreihe zur inneren Lage, in der die durch die Kanalvorlage und die Marinepläne veranlaßte politische Situation dargestellt wird. Eine Stelle aus dem ersten Artikel ist interessant. Nachdem sie erklärt, es sei durch die Beamtenmaßregelung der offene Bruch des Ministeriums mit den Konservativen hervorgerufen worden und man habe damit in unglücklicher Kurzsichtigkeit den heißen Wunsch des Gesamtliberalismus erfüllt, heißt es:

„Nur an einem Punkte konnte man, bald auch immer klar hervortretend, die Hand des einzig geschickten Taktikers im Ministerium deutlich erkennen. Der Gedanke war wirklich des Vaters würdig: wenn mit dem Mittelkanal gleichzeitig allen Provinzen das gewährt wird, was sie an Verkehrswegen und Schutz ihrer Gewerbe gegen das Wasser seit langen Jahren vergeblich erbeten haben, dann werden ihre Vertreter schwerlich diese Wünsche zugleich mit dem Kanal verzeihen. Und thut sie es, nun dann könnten die in ihren wirtschaftlichen Erwartungen getäuschten Wähler dem Abgeordnetenhaus nach der Auflösung ein ganz verändertes Aussehen geben. Fast scheint es, als ob hier und da diese Taktik bereits zu wirken beginnt.“

Der einzige geschickte Taktiker ist natürlich Herr v. Miquel und seine Taktik besteht darin, durch eine Erweiterung des Kanalprojekts für alle Provinzen sich die Stimmen zusammenzukaufen. Die brave „Kreuz-Ztg.“ spielt hier mit Miquel unter einer Decke. Sie stellt sich, als ob sie ernstlich daran glaube, Miquel habe die wirklichste Absicht, den Mittelkanal durch die Einfügung der Kompensationen zur Annahme zu bringen. Die „Kreuz-Ztg.“ weiß aber ganz gut, daß Herr Miquel damit nichts anderes thut, als was die von Herrn v. Jedlich geleitete Kompensations-Verschleppungskommission gethan hat: auch er will durch die Anhängung aller möglichen anderen Wasserprojekte für den Osten den Entwurf so ungeheuerlich aufblasen, daß er schließlich plahen muß. Herr v. Miquel beabsichtigt gar nicht, dem Kanal zu dienen, sondern ihn vielmehr, unter dem Vorwand äußerster Geschäftigkeit und Sorgfalt für sein Zustandekommen, ad absurdum zu führen. Die Miquelsche Taktik entspricht also genau der im Sommer von den Konservativen befolgten Methode; nur daß er sich nach oben den Schein eifrigster

KanalFreundschaft zu geben weiß, und er wird in diesem Bemühen durch die verständnisvollen Konservativen hilfreich unterstützt, die ihrerseits sich stellen, als ob sie in der Taktik Miquels wirklich ein Mittel sähen, das Kanalprojekt durchzubringen und darum diese Taktik bekämpfen müßten.

In Wahrheit bringt die Taktik Miquels den Junkern alles, was sie wünschen: Ausschub, Verschleppung. Schon hört man, daß die Vorarbeiten zu dem neuen erweiterten Projekt so viel Zeit erfordern, daß es erst im Februar oder März vorgelegt werden könnte. So geht die Zeit hin, der neue Entwurf wird wieder in endlosen Verhandlungen verschüttet, und schreitet schließlich an seiner finanziellen Unmöglichkeit. Unmöglich rücken dann die Handelsvertragsverhandlungen näher und in diesem Stadium wird der Kanal zu dem wirksamen Handelsobjekt agrarischer Begehrtheit. — Wegen höherer Getreidepreise werden die Konservativen anstandslos den Kanal bewilligen.

Man sieht, die Konservativen haben allen Anlaß, ihrem Miquel dankbar zu sein und seine „geschickte Taktik“ scheinbar zu bekämpfen, um sie, die lediglich ihren eigenen Zwecken dient, zu fördern. Herr Miquel ist der geschickteste Taktiker der Regierung — für die Junker! —

Centrum und Flottenvermehrung.

Aus Elsaß-Lothringen schreibt man uns: Was es mit dem Vorwurfe der „beweislosen Verdächtigung“ auf sich hat, den die „Kölnische Volkszeitung“ gegen unfern Parteigenossen Debel erhoben hat wegen seiner Ausführungen im Reichstag über die Stellung des Centrum zu den neuesten Flottenplänen, das läßt sich erkennen aus den Eindrücken, welche die reichsständischen Parteifreunde Dr. Lieber's die Mitglieder der Kerikalen Elsaß-Gruppe, von dessen „großer“ Reichstagsrede am 12. Dezember und den sich aus derselben ergebenden politischen Konsequenzen gewonnen haben. Eines derjenigen Kerikalen Blätter Elsaß-Lothringens, die dem Centrum besonders nahe stehen und den Anschluß der Kerikalen Landespartei an dasselbe zu befürworten pflegen, der „Vollstunde“ des Farrers Delfor, Vertreter des 7. reichsständischen Wahlkreises im Reichstage, äußert sich über das Duell Lieber-Miquel dahin:

„Dr. Lieber fand es recht zeitgemäß, kräftig auf den Busch zu klopfen, hinter welchem sich der preussische Finanzminister seit Jahren verbirgt, und es gelang ihm, den im Reichstag schon lange nicht mehr gesehenen Mann hincinzuführen. Es war äußerst interessant, die beiden Festmeister ihre Klagen kreuzen zu sehen. Nur ist indessen keines gestossen; noch wie vor steht Behauptung gegen Behauptung. Und für das Publikum steht nur das fest, daß hinter den Coulissen verhandelt wird.“

Mit andern Worten also das „politische Handelsgeschäft“, der veritable „Kuhhandel“, gegen den sich Führer und Presse des Centrum mit so viel Aufwand von Worten verwahren zu müssen glauben! Auch darüber ist der Herr Farrer Delfor nicht im Zweifel, in welcher Form sich der Flottenschacher abspielen und wer dabei der Geprellte sein wird. Aus seiner Erfahrung heraus, die er sich im engen Zusammenarbeiten mit den Mannen Dr. Lieber's gesammelt, prophezeit er also:

„Eine Abstimmung über die Flottenvorlage konnte nicht stattfinden, da diese Vorlage gar nicht vorliegt. Aber den Schluss kann man doch aus der Debatte ziehen, daß die Flottenschwärmer wohl liegen werden. Die Regierung wird sich einige kleine Abstriche gefallen lassen, die Abstreicher werden sich in die Brust werfen und laut dem Volke verkünden, wie sie die Regierung an die Wand gedrückt hätten, und das Volk wird von der Hoffnung auf Steuererminderung das Nachsehen haben.“

Fürwahr, eine treffliche Charakterisierung der „Mannhaftigkeit“, mit welcher das Centrum bisher unter der Führung Dr. Lieber's vor den immer wieder gesteigerten Flottenansprüchen der Regierung Schritt für Schritt — zurückwich!

Der journalistische, Amis- und Reichstags-Kollege des Herrn Delfor, Abbé Bekkerlé, ein scharfer Beobachter der Vorgänge vor und hinter den Coulissen des Reichs-parlamentes, läßt diesem Porträt des „grimmen“ Centrumsführers noch einige Retouche angedeihen, indem er in seinem „Journal de Colmar“ von „kleinen Arrangements“ spricht, „geschickten Kombinationen“, diesen „Wundern der Diplomatie, denen zufolge an die Stelle vergessenen Plutes Umarmungen treten“. Er meint dann, Dr. Lieber gegen die Angriffe Debel's in Schutz nehmend, des letzteren Kritik des Centrum's habe dem oberflächlichen Beobachter begründet erscheinen mögen, sei es aber weniger gewesen für denjenigen, der die gefährliche Situation einer Partei kenne, die, lange des Zusammengehens mit den Reichsfeinden beschuldigt und verantwortlich gemacht für alle der Regierung erwachsenden Schwierigkeiten, sich darauf beschränken müßte, die Forderungen eines wachsenden Militarismus zu befriedigen, ohne sich länger auf eine Opposition bis zum äußersten versteifen zu können.

Dieses von dem intransigentesten Flügel der Centrumspartei kommende offene Eingeständnis des Kompromißcharacters der Lieber'schen Parteiführung ist für die deutsche Wählerschaft gerade in dem Momente besonders interessant, wo es gilt, mit allen verfügbaren Kräften auf die Abwendung der ungeheuerlichsten Mehrbelastung hinzuwirken, die dem Volke seit der Gründung des Reiches ausgeburdet werden soll.

Deutsches Reich.

Preussische Anstalt.

Wie wir kürzlich mittheilten, hat der Finanzminister Dr. v. Miquel die von dem Eisenbahnminister in den nächsten Etat eingestellten 918 neuen Eisenbahn-Sekretärstellen aus Sparsamkeitsrücksichten gestrichen. Daß ein solches Verfahren nicht gerade geeignet ist, Zufriedenheit unter den Beamten herbeizuführen, liegt auf der Hand, zumal wenn man bedenkt, daß auch anderen Beamten, namentlich in der Eisenbahnverwaltung, gegenüber mit einer Härte verfahren wird, die in den weitesten Kreisen der davon betroffenen Beamten die höchste Missstimmung erzeugt. Zahllos sind die Fälle, in denen sich Beamte Hilfe suchend an unsere Abgeordneten oder an die Redaktionen unserer Parteiblätter wenden, weil sie, von allen Vertretern der Bourgeoisie in ihren Hoffnungen getäuscht, endlich zu der Einsicht gelangt sind, daß allein die Socialdemokratie diejenige Partei ist, die den ersten Willen hat, allen Angebeteten und Geknechteten zu Hilfe zu kommen, mögen sie nun im Dienste des Staates oder im Dienste des Privatkapitals frohuden.

Jetzt, wo der Landtag wieder zusammentritt, halten wir es für unsere Pflicht, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Lage der Eisenbahn-Kausel-Diätare der preussischen Eisenbahn-Verwaltung zu lenken, eine Klasse von Beamten, die sich schon wiederholt mit Petitionen um etatmäßige Anstellung an das Abgeordnetenhaus gewandt hat, aber stets abschlägig beschieden wurde. Die Anstellungs-

verhältnisse der Eisenbahn-Kausel-Diätare haben sich seit dem Jahre 1894 etwa um das Doppelte ungünstiger gestaltet ja dem größten Teil der vorhandenen Anwärter ist die etatmäßige Anstellung sogar unmöglich gemacht worden. Auch wiederholte Verfügungen des Ministers haben an diesem Zustande nichts geändert. Während die Regierung vor dem Landtage das Besprechen abgab, daß alle Diätare nach einer drei- bis vierjährigen Diätarzeit angestellt werden sollen, können die Eisenbahn-Kausel-Diätare unter der heute abzuwandelnden Verhältnissen 30 Jahre oder noch länger auf eine feste Anstellung warten, d. h. sie müssen sich drei Jahre Lebens mit einer diätarischen Beschäftigung bei einem Höchstlohn von 1500 M. bescheiden. Mit wenigen Ausnahmen sind diese Beamten im vorgerückten Lebensalter, die meisten sind verheiratet und haben Familie, einige sind bereits über 20 Jahre in Staats-Eisenbahn-Dienste thätig und haben das 50. Lebensjahr lange überschritten. Ansporn auf irgend welche Versorgungsgelder haben sie nicht, im Falle ihres Todes fallen die Hinterbliebenen der Gemeinde zur Last, oder sie sind auf das „Wohlwollen“ der Regierung angewiesen. Die meisten dieser Beamten sind, um sich und ihre Familie zu erhalten, unter Zuhilfenahme der Nachstunden auf einen Nebenverdienst angewiesen.

Es liegt recht schon, wenn Herr v. Miquel öffentlich die Erklärung abgibt, die Regierung sei den Beamten schuldig, die Möglichkeit einer standesgemäßen Lebenshaltung nach den gegebenen Zeitverhältnissen und einer standesgemäßen Erziehung ihrer Kinder zu geben; aber der Herr Minister sollte doch wenigstens consequent sein und nicht nur den höheren Beamten, den Unterstaatssekretären, den Regierungsräten und den armen Landräten zu Hilfe kommen, sondern vor allen Dingen einmal für die unteren Beamten mehr thun, als bisher geschehen ist. Die Regierung ist nicht wenig stolz auf ihre nunmehr abgeschlossene Befoldungsverbesserung. Geht man aber der Sache auf den Grund, so findet man, daß sie wahrlich keine Ursache hat, sich ihrer Fürsorge für die Beamten zu rühmen. Je mehr den unteren Beamten die verfassungsmäßigen Rechte geschnitten werden, je mehr man ihnen das Koalitionsrecht und in der letzten Zeit sogar das Petitionsrecht freitragt, um so mehr sollte die Regierung wenigstens sich selbst an ihre Pflicht erinnern und in ihrem eigenen Interesse einen Beamtenstand schaffen, in dem nicht Not und Sorge jede Berufsruhe unterbricht. Da sie das nicht thut, so kann sie sich nicht wundern, daß auch unter den Beamten der „Amsturz“ immer mehr an Boden gewinnt und daß die unteren Beamten zu der Socialdemokratie in höherem Vertrauen als zu ihren Vorgesetzten haben.

Beamten-Redactione in oberster Instanz.

Auf eingelegte Revision der Angeklagten, des früheren verantwortlichen Redacteurs der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ Max Meyer und des Steinweg'schen als Verleger eines Flugblattes, hatte jetzt in dem bekannten Prozeß wegen Beleidigung der Beamten-Redactione des „Dresdener Journal“ der höchste sächsische Gerichtshof zu entscheiden, ob die Redactione des Regierungsorgans in dieser Eigenschaft Beamte im Sinne des Gesetzes sind. Der Ursprung des Prozeßes lag in den Kritiken, die an einem Artikel des „Dresdener Journal“ geübt wurden, der statt der angeblichen wirklichen Darstellung jener geheim geführten Schwurgerichts-Verhandlung gegen die Böttcherer Bauarbeiter im wesentlichen nur die Anlagenschrift wiedergab. Das Ministerium des Innern stellte Staatsantrag, weil die Journal-Redactione als Beamte in Ausübung ihres Berufs durch diese Kritiken beleidigt sein sollten. Es wurden auch vom Schöffengericht Meyer, Steinweg und der mittlerweile verstorbene Genosse Jacoby vom „Vorwärts“ mit zwei, bez. einem Monat Gefängnis bestraft. Es handelte sich in der Hauptsache darum, festzustellen, ob jene Redactione „Beamte“ sind. Das Schöffengericht, und später als Berufungsinstanz das Landgericht bejahten diese Frage, sonst wäre wegen Fehlens eines juristischen Staatsantrages Verurteilung unmöglich gewesen. Gegen die Verurteilung war nun Revision eingelegt und diese vom Rechtsanwalt Preudenthal-Berlin schriftlich begründet. Die Revision führte näher aus, daß der Begriff „Beamter“ im Sinne des Gesetzes verlangt sei. Das „Dresdener Journal“ habe keine öffentlichen staatlichen Funktionen. Es habe nur die Eigenschaft eines vom Staate geleiteten fiskalischen Gewerbesgeschäftes, in welchem die Redactione als Hilfskräfte angenommen sind. Es komme dabei nicht auf die ethische Verpflichtung, sondern auf die übertragenen Funktionen an. Es beständen auch für den Staat öffentliche Hoheitsrechte über das Blatt nicht, wie das früher gewesen sei. Es komme demnach keine souveräne Eigenschaft des Staates in Frage, sondern nur die fiskalische als Verleger des Blattes, dann unterstehe das Blatt auch nicht einem einzelnen, sondern dem Gesamtministerium.

Die Revision wurde nach genau zwei Minuten langer Verurteilung verworfen.

Sehr kurz war auch die Urteilsbegründung. Das Gericht sei an die Feststellungen der Vorinstanz gebunden gewesen, demnach werde auch im nicht amtlichen Teil des „Journal“ die Förderung und Unterstützung des Staatswohles“ erstrebt. Ob der Zweck erreicht werde, sei nebensächlich, jedenfalls sei die Einrichtung da. Wäre der den Redactioneuren gemachte Vorwurf berechtigt gewesen, so hätten sie ihre Dienstpflicht verletzt und Disciplinarstrafe zu gewärtigen gehabt. Das Ministerium des Innern habe seit den Jahren 1840, 1850 und 1851 auf Grund eines Finanzgesetzes die Oberaufsicht über das Blatt. Letzteres ressortierte auch im Departement des Ministeriums des Innern.

Wir sind überzeugt, daß der sächsischen Regierung die zu Beamten gestempelten Redactione der Regierungsorgane noch sehr erhebliche Angelegenheiten bereiten werden. Feilher konnten die Herren Minister in Dresden und die sächsischen Bundesratsbevollmächtigten ungeschickte Artikel der offiziellen Blätter bequamt abschütteln mit der Erklärung, die Regierung sei nicht für jede Äußerung der Redactione jener Blätter verantwortlich zu machen. Von jetzt ab sind diese Entschuldigungen unmöglich zu werden und man wird den Verhandlungen der Redactione sorgfältige Prüfung widmen.

Der Sprung ins Wasser.

Die „Köln. Volksztg.“ geht mit Ausdauer und Schärfe den Kampf gegen die neuen Marinepläne fort. Das Organ des linken Centrum's schreibt in einer Anklage über Wasser-Casualitäten:

„Was jetzt vorgeht, ist jedenfalls kein ruhige, besonnene Entscheidung mehr, das sind Sprünge, wie wir sie ja auch auf anderen Gebieten des Staatslebens wahrnehmen. Die Sachverständigen spielen dabei eine nicht weniger als imponierende Rolle. Ihre Denkschriften folgen sich, aber sie gleichen sich nicht. Vor anderthalb Jahren war das Flottengesetz, dessen Annahme so bedeutende parlamentarische Schwierigkeiten verursacht hat, ein Grotes, jetzt ist es fast gar nichts mehr, da die Verdoppelung des im Jahre 1898 beschlossenen mit einemmal eine Notwendigkeit sein soll. Vor wenigen Jahren noch waren es die Kreuzer, die uns vor allem notwendig sein sollten, jetzt sind es die Salisbafische. Und der ganze bezahlte und freiwillige Chor, welcher vor wenigen Jahren Kreuzer schrie, schreit jetzt Schlachtschiffe, und wenn morgen Torpedoboote die Lösung sein sollte, so würde er Torpedoboote schreien.“

Wir meinen, der Reichstag sollte diese Sprünge nicht mitmachen, er sollte ihnen, was er nach gewissenhafter Erwägung für unabweislich hält, darüber hinaus aber nicht gehen. Dem Reiche

würde mit der Zurückweisung dieses neuen Promissums sicher- lich ein Dienst erwiesen, und an mancher Stelle würde man förmlich aufstehen, auch an solchen, wo man zur Zeit viel Besonnenheit für die Flottenvermehrung zeigt. Die Reichs- und Staats- maschine muß doch einmal eine ruhigere Gangart annehmen; die fortwährenden Stöße hält sie auf die Dauer nicht aus. Die sportmäßige Behandlung von Fragen, welche so tief, namentlich in die finanziellen Verhältnisse eingreifen, muß sich früher oder später auf das Schwere richten.

Unseres Erachtens hat das Centrum die besondere Ver- pflichtung, diesen Erwägungen zur Geltung zu verhelfen. Wir wählen auch nicht, was die Flotten abhalten könnte, dies einschließen zu thun. Die mit dem Flottengesetz von 1898 gemachte Erfahrung drängt förmlich dazu. Sagt der Reichstag in diesem Jahre zu der Verdoppelung ja, so müßte man ihm im nächsten Jahre die Verdreifachung zu, und schließlich ist der Konflikt doch unumkehrbar. Die Gründe, welche man jetzt für die Verdoppelung anführt, lassen sich ganz ebenso für die Verdreifachung anführen und so weiter in infinitum. Das Deutsche Reich kann aber nicht zugleich die weitaus mächtigste Landmacht sein und zugleich eine der stärksten Seemächte gewordene Flotte haben. Das hält auch der Krückerische „Stärke Mann“ nicht aus. Es ist aber auch gar nicht nötig.

Diese und ähnliche Auslassungen klingen nicht wie eine Er- gänzung, sondern wie ein Protest zu der breitbeinig launelnden Entschiede. Wir wissen auch, daß das Verhalten des Centrumsführers schon 1898, noch mehr als jetzt, seine Partei- genossen verärgert hat. Inwiefern das Centrum ist als parlamen- tarische Geschwätspartei die Partei der absoluten Unzuverlässigkeit. Und so wird man die Darlegungen des Centrumsbüros nur als schlagbares Vorbereitungsmaterial für den zu erwartenden Unfall ins Wasser würdigen dürfen.

Zur Demokratisierung der Flottenbewegung werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß neben dem Flottenverein und der Flotten- vereinigung auch noch „Die historische Vereinigung zu Berlin“ für die Flotte agitiert, und zwar in öffentlichen Versammlungen bei freiem Zutritt. Professor Hans De Lbrück habe bereits am 28. November eine derartige Marineversammlung veranstaltet, und es habe sogar ein Goldarbeiter sich dazwischen für die Wasserpolitik ausgesprochen.

Wir gratulieren zu dem einen Arbeiter. Ein verheißungs- voller Anfang! Die übrigen Millionen werden ja nun wohl dem Beispiel folgen.

Der starke Mann in Sachsen. Der letzte Drob-Erlaß gegen den Versuch der Eisenbahner-Versammlung, die sich mit den Land- tags-Verhandlungen und dem Koalitionsverbote beschäftigen sollte, hat nicht genügt; die Versammlung war zahlreich besucht und der Unruhe, der gemäßigten Demerser Dräger, wurde mit lebhaftem Dankgefühl empfangen. Nun schreitet die Verwilderung zur That. Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ kann folgendes melden:

Am Mittwoch wurden vier Eisenbahner, die Demerser Robert Wirth, 9 Jahre bei der Bahn beschäftigt, Max Steiner, 8 Jahre beschäftigt, Fritz Köffel, ebenfalls 8 Jahre beschäftigt, und der Besatzungs-Vormann Eduard Wendler, 21 Jahre beschäftigt, unter Auszahlung des Lohnes bis zum 3. Januar 1900 sofort entlassen. Dem Demerser Köffel und Wirth hat man keinen Grund angegeben, dem Demerser Steiner wurde vom Inspektor gesagt: „Den Grund kann ich Ihnen nicht angeben, es geschieht auf An- weisung der Generaldirektion“. Dem alten Wendler, einem im Dienste ergrauten Manne, wurde direkt gesagt: „Er sei wegen seiner agitatorischen Thätigkeit nicht würdig, noch länger an der Bahn zu sein!“ — Wendler und Wirth waren Vorstandsmitglieder und Steiner Arbeitervertreter in der Arbeiter-Pensions- und auch in der Krankenkasse und haben dort jederzeit die Inter- essen der Arbeiter mitvoll vertreten. Köffel soll in der letzten Versammlung der Eisenbahner in Uniform gewesen sein.

Man sieht, die starken Männer, nach denen Herr v. Krücker ruft, sind in Sachsen nicht selten vorhanden. Daß aber starke Thaten noch lange keine klugen Thaten sind, hat ja der Herr v. Krücker selbst anerkannt und die sächsische Regierung wird es hier erfahren, wie sie es schon manchenmal erfahren hat.

Wie die Regierung Mißstimmung beseitigen kann, giebt die „Post“ an. Es müsse in Sachen der gemäßigten Vorschläge etwas geschehen.

Man bewirke also die Märtyrer schleunigst ins Ministerium, lasse den Konflikt auf sich beruhen und die Konservativen werden ihre Freundschaft der Regierung wieder zuwenden. Sie sind immer fest überzeugt, daß die Regierung und der Staat ohne sie nicht leben kann.

Europafoller in Afrika.

Die Schandthaten des Prinzen von Kronberg werden in einem der „Deutschen Landesztg.“ zur Verfügung gestellten Brief wie folgt geschildert:

„Meine Lieben! Soeben komme ich von Tsch, will Euch aber sofort etwas über eine grauenvolle Geschichte be- richten, die sich vor einigen Tagen in der Kolonie abgespielt hat. Der Prinz Prosper von Kronberg, der seit kurzer Zeit der hiesigen Schutztruppe angehört und ein Neffe des gleichnamigen kaiserlichen Reichstags-Abgeordneten ist, hat eine fast ungläubliche Missethat begangen, deren Opfer der Bastard Billy Cahn oder Keen, der Sohn eines Engländers und einer Bastardfreigewordenen ist. Was zwischen beiden vorgefallen und zu der That Veranlassung gab, weiß man nicht näher. Der Prinz hat dem Keen Beamt- wein gegeben, um ihn betrunken zu machen, hat ihn dann in seinem Zimmer in Fesseln gelegt, ihn an die Decke ge- bunden und allerhand Grausamkeiten mit dem Wehrlosen begangen. Als Keen flehentlich bat, ihn nach seinem Posten gehen zu lassen, gab Kronberg ihm zwar frei, befahl aber sofort dem Posten, hinter ihm drein zu feuern, da Keen aber die Grenze auf englisches Gebiet fliehen wollte. Der Schuß traf den Unglücklichen ins Bein, worauf der Prinz noch weitere drei Geschosse hinter ihm herandieß, darauf den Zusammenstürzten mit dem Selten- gewehr durchschlug und mit dem stählernen Ladestock in das schon von einer Angel durchbohrte Genick stieß. Keen jammerte kläglich, man möge ihn doch leben lassen, wehrte aber seinen herbeieilenden Leuten, welche den Prinzen wiedersehen wollten. Sie sollten nur nach Windhoek gehen und getrunken Bericht über die Vorgänge erstatten. Dorthin brachte der Durche von Major Müller die erste Nachricht, der in drei Tagen die große Strecke zu Pferde zurücklegte, was eine schöne Leistung ist. Ganz Windhoek stand auf dem Kopf. Major Lentwein warnte den Durche vor der Weiterverbreitung der Schilder- ung, er wisse doch, welche hohe Strafe auf jeder Abweichung von der tatsächlichen Wahrheit stehe. Aber Schröder (so heißt der Durche) erwiderte, daß alles sich so verhalte, wie er erzählte. In der That haben 33 Jengen unter Eid die Schilderung Schröders bestätigt. Als Lentwein einen Einblick in die Größe der That gewann, brach er in Thränen aus. Das wird eine nette Geschichte werden und dem Herrn Prinzen übel bekommen. Für Deutsch-Südwest ist es freilich auch nicht angenehm, wie wird man in England über uns herziehen!“

Und diesen Inhold läßt man frei umherlaufen, schickt ihn sogar auf Heimweil nach Deutschland!

Nicht die Stärke dieses starken Mannes für die Ansprüche unserer Konservativen aus?

Das Komplott der Hinterwehmer im Vaugewerbe wird nach einem Telegramm aus Dresden vom Maurermeister Schöner-

dem zweiten Vorsitzenden des Arbeiter-Bundes, abgelehnt. Es wird vielleicht noch von anderen abgelehnt werden. Unsere Mitteilungen sind aber aus absolut sicherer Quelle.

Zuckerlöcher. Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern hat sich einmal wieder mit der „Kontenot“ beschäftigt und zu ihrer Bildung u. a. folgende Abänderung des Freizügigkeitsgesetzes vorgeschlagen:

Es ist eine Abänderung des Reichsgesetzes über die Frei- zügigkeit vom 1. November 1897 dahin anzustreben, daß die Niederlassung und der dauernde Aufenthalt in einer Gemeinde abhängig gemacht wird: a) von dem stets zu erfordern Nachweise der Genehmigung des gesetzlichen Vertreters bezw. des Gemeindevorstandes, gemäß Artikel 37 des Einführungs-Gesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch, sowie auch, falls der Zugewandte minderjährig ist, von der Genehmigung des Gemeinde- bezw. Orts- vorstandes des bisherigen Heimatsortes, b) von dem eben- falls stets zu erfordern Nachweise einer den sittlichen und gesundheitlichen Anforderungen entsprechenden Wohnung und genügender Arbeitsgelegenheit.

Derartige reaktionäre Wünsche sind nicht neu, verdienen aber stets aufmerksam vergolten zu werden.

Der mecklenburgische Landtag hat eine Regierungs- vorlage angenommen, durch welche die Verordnung betreffend Ver- strafung von Dienstvergehen, die bisher nur für Hof- Regeldiener, Hofjäger und Deputierten Gültigkeit hatte, auch auf die Sachengänger, auf die Schritter und Schritterinnen ausgedehnt wird. Diese Verordnung stellt ein gerechtes Aus- nahmegesetz für die Arbeiter vor, indem sie kontraktbrüchige Arbeiter mit Strafen bedroht.

Die Teilung des Regierungsbezirks Potsdam und die Schaffung eines Regierungsbezirks Charlottenburg soll, der „Volk- zeitung“ zufolge, schon für die nächste Session des preussischen Land- tages sprichreif sein.

Von einem höchst absonderlichen Kampf gegen Waren- häufer wird aus W. in. berichtet. Die beschlossenen Maßregeln kommen einer Vernichtung des seit fünf Jahren bestehenden Waren- hauses von Ditzig gleich. Am Montag hat der Magistrat be- schlossen, sofort die in der Mitte des Parkettes angelegten Verkaufsstände zu entfernen und die Polizeidirektion zu ver- anlassen, sofort an den Eingängen des Establishments in der Zeit von 11 Uhr bis 7 1/2 Uhr Schutze zu aufstellen, die bei über- schrittenem Lokal Anstufung nur im Verhältnis zu den des Haus- Verlassenden einlassen sollen. Begründet würde dieser Beschluß durch die Feuersgefährlichkeit. Die sächsische Regierung wird diese Anordnungen einen Protest gegen den Magistrat. Der Wünniger Baujäger aber beschloß am Dienstag, an dem Beschluß des Magistrats festzuhalten. Die Anordnung des Magistrats bis dahin nicht ausgeführt, das Geschäft zu schließen. Der Baujäger ordnete an: Es sind sofort an sämtlichen Thüren Schutze und im Innern des Lokals ein reicherlicher Offiziant aufzustellen, der in das Warenhaus, das mehr als hundert Angestellte beschäftigt, nicht mehr als 60 bis 70 Personen einlassen darf und damit die Schließung der sämtlichen Thüren anzuordnen hat. Sobald die Verkaufsstände in der Mitte des Parkettes entfernt haben wird, können einige Personen mehr eingelassen werden. Um dieser Anordnung nachzukommen, wurde im Waren- haus die ganze Nacht zum Mittwoch gearbeitet bezugs Räumung des Mittelgangs. Die Arbeit, zu der auch die weitere Unter- bringung der Waren gehörte, konnte jedoch nicht vollständig in der kurzen Zeit bewältigt werden. Darauf wurden am Mittwoch zwei von den Gängen des Parkettes polizeilich gesperrt und nur einer offen gehalten. Aus diesem Herden nur langsam Käufer gleichzeitig in die Verkaufsräume zugelassen, also eine geringere Zahl von Käufern, als die Zahl des Geschäftspersonals beträgt.

Soll mit demartigen Schikanen der „Mittelhand“ gerech- tet werden?

Industrie- und Handelskammer. Herr Bued, der bekannte Central- verbandungs-Agitor, hat in Danzig gewarnt, darüber zu streiten, ob Deutschland mehr Industrie- oder Agrarstaat sei; Industrie und Landwirtschaft sollten sich die Hände reichen, um die wirtschaftlichen Missethäter durch gemeinsames Vorgehen zu belumpfen.

In die von Bued dargebotene Hand ist nun alsbald der Führer des Bundes der Landwirte, Freiherr v. Wangenheim, freudig ein. Er erklärte auf der Provinzialversammlung des Bundes in Danzig wenige Tage nach der Rede Bued's: Die Landwirtschaft würde die Interessengemeinschaft zwischen den beiden großen Zweigen der deutschen Produktion stets im Vordergrund der Erwägungen stellen.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt diese Erklärungen an hervor- ragender Stelle. Die Regierung freut sich des Bundes der agrarischen und der industriellen Schutzgüter, die dem Worte folgen: Eine Hand wäscht die andere.

Hamburg, 22. Dezember. (Privat-Depesche.) Das hauseitliche Oberlandesgericht erklärte den Arbeiter-Modfaktorverein als politischen Verein, dessen sämtliche Versammlungen polizeilich angemeldet und überwacht werden müssen.

Bremen, 21. Dezember. Kreiswahlwahlen. Beamten- gehälter in der Bürgerchaft. Den Erfolgen unserer Partei bei den Bürgerchaftswahlen entsprachen die Resultate der Kreis- tags- wahlen, die jedoch im Landgebiete vollzogen wurden. Der Kreis- tag setzt sich aus 28 Vertretern zusammen, die auf 6 Jahre gewählt sind. Unsere Partei war bisher durch 2 Wahlen im Kreis- tage ver- treten. Jetzt sind bei Erneuerung von 7 Mandaten von fünf auf- gestellten Kandidaten unserer Partei vier gewählt worden, und zwar mit großen Majoritäten. Es sitzen also jetzt 6 Sozialdemokraten im Kreis- tage.

Die Bürgerchaft führte gestern die Regulierung der Beamtengehälter zu Ende. Seit 2 Jahren beschäftigt diese Materie unsere Volksvertretung. Unsere Partei hat sich unentgelt- lich das Verdienst erworben, durch reges Eingreifen die Regulierung zu einer alle Kategorien der Beamten umfassenden zu gestalten. Die Liberalen gaben dem Drängen nur widerwillig nach. Da die Kom- mission sich jetzt wieder eine ganze Anzahl von kleinen und mittleren Beamten aus Finanzämtern ganz ungenügend und teilweise gar nicht berücksichtigte und andererseits plötzlich eine weitere Aufbesserung der erst vor anderthalb Jahren erhöhten Gehälter der atabemisch ge- bildeten Lehrer beschloß, griffen die sozialdemokratischen Vertreter in die gestrige Verhandlung abermals energisch ein. Sie wiesen die letztere Gehaltserhöhung ab und forderten eine beschleunigte nochmalige Revision der stiefmütterlich behandelten Gehälter. Es gelang ihnen, die Specialdiskussion durchzuführen, aber die Liberalen lehnten alle speziellen Verbesserungsanträge unserer Vertreter rundweg ab. In halbseitiger Vorforettour wurde die ganze Vorlage ohne Ver- änderung angenommen. Bei den kleinen Beamten haben die Liberalen sich durch die Gehälterreform ganz gewiß keinen Stein im Brett er- worben. Nach oben freigebig, nach unten knauserig, das war ihre Parole.

Von der Lahn, 21. Dezember. (Eig. Ber.) Die alte Ge- schichte: Ein Landbriestäger wurde wegen Unterschlagung zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Diesmal vom Richter Schöner- gericht ein Wilmburger Postknecht — das ist der einzige Unterschied von all den früheren und den noch kommenden Fällen. Der Ent- schuldigungsgrund war wieder der bekannte: der arme Mensch konnte keine Frau und drei Kinder nicht ernähren bei einem täglichen „Gehalt“ von 2,30 M.!

Aus Hessen, 21. Dezember. (Eig. Ber.) Die socialdemo- kratische Fraktion in der zweiten Kammer hat sofort bei Eröffnung des 31. Landtags einen umfangreichen Wunschzettel auf den Tisch des Hauses niedergelegt. Es stehen 31 Anträge

darauf, die allerdings zum Teil nur wieder aufgenommene Forde- rungen aus früheren Landtagen sind. Zu den letzteren gehörte der Antrag auf Einführung von Arbeiter-Lammern, die in direkte Fällung mit einer im Ministerium zu errichtenden Central- stelle für Arbeiterangelegenheiten zu bringen sind. Ferner der Antrag auf Uebernahme sämtlicher Volks- schullasten auf den Staat. In Verbindung damit verlangen wir die Organisation einer Einheitschule mit voller Un- entgeltlichkeit der Unterrichts- und Lehrmittel. Auch die Forderung auf Reform der Eisenbahntarife legen wir der heftigen Vertretung in der preussisch-hessischen Gemein- schaftsverwaltung wieder aus Herz. In Steuermachen beauftragt wir die konsequente Weiterführung der im vorigen Land- tag beschlossenen Steuerreform, das heißt Erhöhung der Progression der Einkommen-, Vermögens- und Gebührens- steuer in dem Maße, daß die Stempelabgaben und Gebühren in Wegfall kommen können. Von den neu eingebrachten Anträgen ist in erster Linie die Forderung auf Einführung der all- gemeinen, direkten und geheimen Landtagswahl mit Proportional-System zu nennen. Dabei verlangen wir unter anderem Aufnahme folgender Bestimmungen: Wahlberechtigt ist jeder rechtsmündige in Hessen anässige Wahlbürger; die Wahlen haben Sonntags stattzufinden; die Wählerlisten sind ständig auf dem Lande zu halten und bei An- fälligkeit des Wähltermins durch den Druck zu veröffent- lichen; zur Wahrung des Wahlscheitens sind Stimmzetteln- convers und Hölzer einzuführen. Auch das Centrum beauftragt die Einführung des Proportional-Wahl-Systems mit direkter Wahl. Da in der Thronrede eine Wahlreform-Vorlage angekündigt worden ist, so kommt die Frage nun jedenfalls auch in Hessen in Auf. Für die Beseitigung der indirekten Wahl ist eine große Mehrheit in der Kammer vorhanden. Hoffen wir das Beste. — Weitere Anträge verlangen den Wegfall der regierungseitigen Bestätigung der Bürger- meister- und Polizeidirektorenwahlen; die Revision der öffentlich- rechtlichen Dienstverhältnisse der Staatsangestellten; Regelung der Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse des nicht festangestellten Hilfs- personals in staatlichen Betrieben und Bureaus; Anstellung der Kreis- Bezirke mit voller Befoldung und Wegfall aller aus veteranzpolizei- lichen Anforderungen entstehenden Gebühren und Speisen; Einrichtung einer obligatorischen staatlichen Vieh- und Schlachtvieh-Verseicherung; Er- richtung einer staatlichen Mobilar-Verseicherungsanstalt; Uebernahme aller Armenlasten auf den Staat; gezielte geregelte Entschädigung unglücklich Verheirateter bei Unterbindung, wie bei Staatskraft. Ferner wird beantragt die gesetzliche Regelung der Arbeiter- verhältnisse in den Staatsbetrieben, wobei wir folgende Punkte berühren wollen: 1. Durchführung eines achtstündigen Normalarbeitstages, 2. Festsetzung eines jeweils mit den Arbeitern zu vereinbarenden Minimal- lohnes, 3. Versicherung fixer Alters- und Pensions- zuzügen, 4. Garantie der freien Ausübung des politischen und wirtschaftlichen Koalitionsrechts. Zur Hebung und Reorganisation der Volksgesundheitspflege haben wir beantragt: Einteilung der Kreise in kleinere Sanitäts- bezirke und Anstellung staatlich vollbeförderter Bezirksärzte, denen die derzeitigen Funktionen der Kreisärzte zu übertragen sind. Als weitere Aufgaben sind denselben regelmäßige Unter- suchungen des Gesundheitszustandes der Schul- kinder, der sanitären Verhältnisse der Schulhäuser sowie der Fabriken und aller sonstigen zu gewerblichen Zwecken be- nutzten Räume zuzuwenden. Schließlich wird die Ueberführung der Apotheken in Staatsbetrieb verlangt; neue resp. herabsetzende Konzessionen sind nicht mehr an Private zu vergeben und die bestehenden Apotheken sind auf dem Wege allmählichen Aus- laufs an den Staat zu bringen.

Dresden, 21. Dezember. (Eig. Ber.) In der ersten Kammer des Landtags wurde in der gestrigen Sitzung der allgemeine Etat eines unerwartet starke Kritik. Einleitend gab Prinz Georg als Vorsitzender der Finanz-Deputation und in deren Auftrag eine prinzipielle Erklärung ab. Es heißt darin, die Deputation sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß das Verhältnis der geforderten Ausgaben in einem ungünstigen Verhältnis steht zum Wachsen der Staatseinnahmen, und daß, da dieses ungünstige Verhältnis bereits einige Zeitperioden andauert, äußerste Vorsicht geboten ist. Es müsse deshalb danach getrachtet werden, die Bedürfnisse der Staats- verwaltung nicht in steigendem Maße auf die Einkünfte zu ver- weifen, sondern so weit eine Deckung bei Pariser und vor- sichtigster Finanzverwaltung durch die gegenwärtig zur Verfügung stehenden Mittel nicht möglich ist, durch entsprechende Steuer- erhöhungen auszugleichen. — Drei Redner der ersten Kammer sprachen sich im Sinne dieser Erklärung aus, besonders der Dresdner Ober- bürgermeister Deutler hielt eine große finanzpolitische Rede, welche die Wichtigkeit und Notwendigkeit des Besorgens der in der Er- läuterung angegebenen Finanzpolitik nachzuweisen suchte. Gleichzeitig rednete dieser Redner einen außerordentlichen Etat möglichen Abstrich von insgesamt acht Millionen Mark herab. Man konnte nach diesen Vorgängen auf die Mitführung des Finanzministers von Waldorf einigermassen gespannt sein. Umso mehr, als dieser in der zweiten Kammer ähnliche, aber viel höflichere und zahlreichere Kritiken seiner Finanzpolitik für nicht zureichend erklärt hatte. Werthvolligerweise erklärte nun der Herr Minister, daß die Staatsregierung im wesentlichen mit den An- forderungen der Erklärung einverstanden sei. Vor allen Dingen, daß auf die bisherige Weise nicht fortgewürfelt werden könne. Die Regierung würde aber schon diesmal etwa sechs Millionen mehr zur Verfügung gehabt haben, wenn man im vorigen Landtage die Vermögenssteuer und Steuer- reform, wie sie die Regierung vorgelegt hatte, nicht ab- gelehnt hätte. Zunächst habe die Regierung die in der zweiten Kammer in Aussicht gestellten Steuerreform-Vorschläge abzuwarten. Vasse sich da eine Entung nicht erzielen, so müsse für den nächsten Etat unbedingt ein allgemeiner Zuschlag zur Ein- kommensteuer, der aber nicht gering sein dürfe, erhoben werden. — Diese Entschlüsse, nicht Beseitigung der sächsischen Finanzpolitik eröffnet dem gesagten, also auch dem arbeitenden sächsischen Volke, soweit es Steuern zahlt, die schön Verheißung auf Ver- mehrung der Steuern, wenn eine Steuerreform auch dies- mal scheitert. Die Konservativen haben eine derartige Reform, die die Reichen, wenn auch kaum merklich, belasten sollte, im vorigen Landtag in Fall gebracht. An ihre Adresse ist der Vorwurf des Finanzministers gerichtet. Die Konservativen haben die sächsische Regierung gewissermaßen auf den von dieser eingeschlagenen Weg der Finanzpolitik gedrängt. Die Regierung ist aber auch selbst schuld an dieser heissen Situation, indem sie Schritt für Schritt den konservativen Schreibern nachgegeben hat. Nun kommt das dritte Ende.

Neue Parteiorganisationen. Die „Frankf. Ztg.“ macht für die Angehörigen ihrer Partei Vorschläge über Verbesserungen der Parteiorganisation auf Grund der Aufhebung des Verbindungs- verbots für politische Vereinigungen.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Die Strafkammer zu Köln verurteilte den Steuerbeamten May, der jüngst als Schiffbedienter die Nordlandsfahrt des Kaisers mitgemacht hatte und später in der Unterhaltung hierüber scharfe Worte über den Prinzen Heinrich äußerte, zu einem Monat Gefängnis. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Ausland.

Maximalarbeitsdag in Frankreich. Der französischen Deputiertenkammer ist der Entwurf zu einem neuen Fabrikgesetz zugegangen, der, wie die „Berliner Korrespondenz“ besagt, vom Senat bereits angenommen worden ist. Die wichtigsten Bestimmungen lauten:

Art. 1. Die Artikel 3, 4, 11 und 20 § 1 des Gesetzes vom 2. November 1892 über die Arbeit der Kinder, minderjährigen Mädchen und der Frauen in Fabriken werden folgendermaßen abgeändert:

Art. 3. Die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen bis zum Alter von 18 Jahren, sowie die Frauen dürfen nicht länger als 11 Stunden täglich effektiv beschäftigt werden, und zwar mit einer oder mehreren Unterbrechungen, deren Gesamtdauer nicht unter einer Stunde betragen soll und während welcher das Arbeiten verboten wird.

Nach Ablauf von drei Jahren mit Verkündung gegenwärtigen Gesetzes wird die Arbeitszeit auf 10 1/2 Stunden und nach Ablauf von drei weiteren Jahren nur auf zehn Stunden begrenzt.

In jeder Fabrik, außer solchen mit kontinuierlichem Betriebe (à feu continu), den Gruben, Bergwerken, Steinbrüchen; den in öffentlicher Verwaltung stehenden Industrien sollen gleichzeitige Ruhepausen für sämtliche durch gegenwärtiges Gesetz geschützte Personen Platz greifen.

Art. 4. Kinder unter 18 Jahren, wie minderjährige Mädchen sowie die Frauen dürfen in den vorerwähnten Betrieben zu keiner Nachtarbeit verwendet werden.

Alle Arbeit zwischen 9 Uhr abends und 5 Uhr morgens gilt als Nachtarbeit. Doch soll Arbeit von 4 Uhr morgens bis 10 Uhr abends erlaubt sein, wenn sie zwischen zwei Schichten von Arbeitern dergestalt verteilt wird, daß keine Schicht mehr als 9 Stunden einschließlich einer mindestens halbstündigen Ruhepause thätig ist.

Die Arbeit jeder Schicht muß, abgesehen von der Ruhepause, ununterbrochen sein.

Gewissen, in öffentlicher Verwaltung stehenden Industrien wird dauernde Befreiung von den Bestimmungen in §§ 1 und 2 dieses Artikels zugestanden, doch darf in keinem Falle die Arbeit 7 Stunden auf 24 Stunden übersteigen.

Art. 2. Dem Art. 1 des Dekretgesetzes vom 9./14. September 1848 wird folgende Bestimmung angehängt:

„Doch darf in derartigen Etablissements, welche erwachsene Männer und die durch das Gesetz vom 2. November 1892 getroffenen Personen beschäftigen, die Arbeitszeit 11 Stunden effektiver Arbeitsleistung nicht überschreiten.“

Nach Ablauf von 3 Jahren mit Verkündung gegenwärtigen Gesetzes wird der Arbeitstag auf 10 1/2 Stunden und nach Ablauf von 3 weiteren Jahren auf nur 10 Stunden herabgesetzt.“

Wird der Entwurf Gesetz, so wäre das für die Arbeiter jeden Alters und beider Geschlechter ein gar nicht zu überschätzender Fortschritt. Das Gesetz von 1848 setzte für die erwachsenen Arbeiter in fabrikmäßigen Betrieben wohl fest, daß die „effektive“ Arbeitszeit zwölf Stunden nicht überschreiten dürfe, jedoch waren eine Menge Ausnahmen zulässig und außerdem war nicht im geringsten vorgesehen, daß die Bestimmungen auch innegehalten würden.

Das Gesetz von 1892 setzte die Arbeitszeit der Kinder auf täglich 10, die der Frauen auf 11, die der Männer auf 13 Stunden fest. Der Betrieb konnte also 13 Stunden aufrecht erhalten bleiben und dadurch war es ganz unmöglich, die Kontrolle bezüglich der Frauen- und Kinderarbeit auszuüben. In dieser Beziehung würde das neue Gesetz Wandel schaffen, da in Betrieben, in denen neben Kindern und Frauen auch Männer beschäftigt werden, den letzteren die für die Frauen geltenden Vorschriften mit zu gute kommen müssen.

Das bei allem aber die Hauptsache bleibt, das ist die Art, wie ein Gesetz zur Durchführung gelangt. Bis hierher alle zu Gunsten der Arbeiter erlassenen Gesetze und Dekrete auf dem Papier. Das lebhafteste Geheiß der Unternehmer gegen die jetzige Regierung scheint zu beweisen, daß diese doch in energischerer Weise den Gesetzen Achtung zu verschaffen weiß.

Vom russischen Miquel.

Petersburg. (Ein. Ber.) Vor einiger Zeit wurde im „Vorwärts“ bei der Redaction über die Einstellung der Zeitschrift „Ruski Trud“ die Zeitschrift irrtümlicherweise als eine radikale bezeichnet. In Wahrheit aber war diese Zeitschrift eine ultra-konservative und alleruntergeordnet monarchistische. Der Grund dieser Einstellung war das Vorgehen des Medacteurs, des bekannten Slavophilen Scharapow, gegen die Politik des Finanzministers Witte. Der nächste Anlaß zum Einschreiten der Regierung gegen den treuen Untertanen war ein Brief Scharapows an den Staatscontroleur Philippow. Dieser Brief zirkuliert jetzt in lithographischer Form vielfach in manchen Kreisen der Hauptstadt und bildet ein sehr interessantes Dokument, in welchem die Verdachtsmomente gegen den Finanzminister Witte dargelegt sind. Hier folgt seine wortgetreue Uebersetzung:

„Aus der anbeiliegenden Nr. 39 des „Ruski Trud“ wird Ew. Excellenz die Uebersetzung gewinnen können: 1. daß unser Vaterland eine wirklich kritische Lage in ökonomischer und finanzieller Beziehung infolge der bewußt verfehlten Politik des Herrn Finanzministers, welche uns zu der für jedes Land auferst traunigen Erscheinung, zu einem Geldhunger führt, durchzumachen hat. Diese Politik ist nicht nur nicht im Stande, diesen alle Volkkräfte untergrabenden Uebelstand zu beseitigen, sondern trägt noch durch die Fernsichtigkeit, mit der man in der einmal angenommenen Richtung verharret, sowie durch die offenbar lägenhaftesten Vertuschungen in den öffentlichen Berichten dazu bei, diesen Uebelstand zu vergrößern. In Wirklichkeit aber stehen wir unmittelbar vor der Perspektive eines vollständigen Staatsbankrotts, das heißt der Unmöglichkeit, unsere äußeren Zahlungen zu decken. Durch allmähliche Verschwendung unseres Fonds und durch die lägerischen Vorspiegelungen wird es noch eine Zeit lang möglich sein, die eintretende Katastrophe zu verschleiern, aber desto schwerer wird ihr Ausbruch sich gestalten.“

2. daß der Finanzminister zur Erhaltung seiner Politik und des Betruges der öffentlichen Meinung und der Regierungssphäre nur direkten Bestechung unserer Zeitungen greift, indem er ihnen verhehlte Subsidien in Form von staatlichen Inseraten gewährt. Welche Lüge und welcher Chiasmus liegt in diesem Ressort herrschen, bis zu welchem sittlichen Verfall die Agenten dieses Ressorts gelangt sind, ist aus der Meditationsammlung zu der Rede des Herrn Romanow zu ersehen;

3. daß die Kaufzüge Razimow & Co. bei voller Kenntnis und vielleicht auch unter direkter Leitung des Finanzressorts, wo Räuber aller Hand gefördert werden, geschoben sind.

Ew. Excellenz, als Staatscontroleur, ist vom Gesetze und durch das Vertrauen von zwei Monarchen die Aufgabe gestellt worden, das Wirtschaftsleben zu erforschen, zu prüfen und richtig zu beleuchten. Sie unterbreiten dem Monarchen Eigenberichte über die Thätigkeit des Mechanismus, welcher alle ökonomischen Einrichtungen Rußlands leitet. Ich kenne Ihren letzten Bericht nicht, fürchte aber, daß dort das durchschlagende Wort fehlt, welches den Verberd Rußlands einstellen und den Monarchen aufklären könnte. Ich fürchte, daß Sie selbst noch nicht über die Dimensionen der Not im Klaren sind. Zwar ist die Thätigkeit der Staatsbank und der Kreditanstalt aus Ihrer unmittelbaren Aufsicht ausgeschlossen, aber die Biffern und Thatsachen sind durch die oberflächlichste Analyse zu erkennen und sie beweisen, daß die Thätigkeit dieser Institute eine verbrecherische ist, daß die leitende Hand hier nicht Rußland dient. Solchen! Es giebt Lagen, wo Schweigen unmöglich ist. Eine solche Lage ist jetzt die Lage des Staatscontroleurs. Beim besten Willen können Sie nicht die Verantwortung für die Resultate der heutigen Finanzpolitik von sich abwälzen, und wenn Sie nicht vor dem Monarchen Rechenschaft geben, desto schwerer wird Ihnen die Rechenschaft vor Gott und der Geschichte sein. Es ist Zeit, den Namen S. J. Wittes neben den Namen Ramontow und Razimow*) auszusprechen.

*) Die neulich von der Staatsanwaltschaft entdeckten Hochschwinder.

Die öffentliche Meinung und das öffentliche Gewissen haben es bereits geahnt. Sie sind nun an der Reihe. Empfangen Ew. Excellenz usw.

S. Scharapow.

Technische Vorklagen gegen die Finanzwirtschaft Wittes haben sich in der letzten Zeit innerhalb der russischen Gesellschaft stark verbreitet. Sie haben aber nicht zu einer Erschütterung des Finanzministers geführt. Vielmehr wird jetzt aus Petersburg ein weiteres Heftchen des Jaren an den Finanzminister gemeldet, in dem der Jar auf Grund der Berichte des auf Wittes Wunsch zur Prüfung seiner Finanzgebarung eingesetzten Komitees die Zweckmäßigkeit der vom Finanzminister ergriffenen Maßnahmen anerkennt und sein besonderes Vertrauen ausdrückt.

Oestreich-Ungarn.

Zum Regierungswechsel. Die „Neue Freie Presse“ meldet, der Wechsel des Kabinetts werde sich Freitag vollziehen und am Sonnabend amtlich bekannt gemacht werden. Neuerdings verlaute, daß mit Ausnahme der drei Minister des Kabinetts Clary, die in das Kabinet Wittel übertraten, nur Ressortleiter ernannt werden sollen. Die Vertagung des Reichsrats werde durch das Kabinet Wittel erfolgen. Die Delegationen werden am 28. und 29. Dezember das Budgetprovisorium beschließen und im Anfang des Jansar 1900 ihre ordentlichen Arbeiten aufnehmen.

Ein Communiqué, welches über eine am Freitag stattgehabte, mehrstündige Sitzung des Verbandes der deutschen Volkspartei ausgegeben worden ist, besagt: Die deutsche Volkspartei hat beschlossen, eine mißbräuchliche Anwendung des § 14 sowie des Verordnungsrechtes auf dem Gebiete des Sprachen- und Rationalitätenrechtes auch künftig mit allen, nötigenfalls schärfsten Mitteln zu bekämpfen und einem etwaigen Versuche, gegen die Deutschen und auf Kosten ihres Besitzstandes zu regieren, äußersten Widerstand entgegenzusetzen und die Verbindung mit den übrigen deutschen Parteien sowie die bisherige Organisation derselben aufrechtzuerhalten.

Wien, 22. Dezember. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht ein kaiserliches Patent, durch welches die Landtage von Böhmen, Galizien, Oberösterreich, Niederösterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, Mähren und Schlesien auf den 20. d. M. einberufen werden.

Budapest, 22. Dezember. Aus Anlaß des Ritualmordes in Arva erließ der Bischof Szemereczany an die Geistlichkeit seiner Diocese einen Hirtenbrief, worin er die Bevölkerung aufklärte. Es sei absolut kein Anhaltspunkt vorhanden, die Juden des Ritualmordes zu beschuldigen.

Türkei.

Philippopol, 21. Dezember. Nach Meldungen, die hier aus Konstantinopel eingetroffen sind, wurde General Mehmed, Mitglied der militärischen Oberinspektions-Kommission, nach Mittlene verbannt.

Ein ganz gemeiner Erpressungsversuch gegen den Sultan soll die Flucht Rahmud Wahsch sein. Das „Berl. Tagebl.“ läßt sich über die Affaire aus Konstantinopel telegraphieren: Rahmud hatte seiner Zeit von der englisch-russischen Bagdad-Bahnkombination Wahsch (Bestechungsgeld) angenommen, um die Sache dieser Gesellschaft bei dem Sultan zu vertreten. Als die Konzeption in deutsche Hände kam, verlangte der Repräsentant jener Gruppe, ein im Orient alzu bekannter internationaler Macher, die Herausgabe des Wahsch. Da Rahmud dasselbe nicht zurückzahlen konnte, drohte jener mit einem Eklat. Durch einen dritten, einen Schweizer, der in auswärtigen Depeschen unter dem Namen „Danisch Bey“ figurirt, wurde die Sache dahin geregelt, daß man Rahmud die Wahl stellte, zu bezahlen oder zu fliehen. Man werde ihn zur Flucht verhehlen und dann von dranhin den Sultan zwingen, um einen Skandal zu vermeiden, die Rahmud gezahlte Summe plus einem Extrabalschisch der genannten Gruppe zurückzuerstatten.

Rahmud wählte das letztere und der Schweizer, der ihm schon längere Zeit Vorpamendienste geleistet hatte, vermittelte die Flucht auf einem englischen, nicht, wie irrtümlich gemeldet war, auf einem französischen Dampfer, der nach Marseille ging. Während der Untersuchung eines französischen Dampfers in den Darbanelen passierte der englische mit Rahmud und Danisch Bey an Bord schlang durch.

Vom Kriegsschauplatz

in Südafrika ist die Berichterstattung fast ganz verstummt. Da man nicht annehmen kann, daß überhaupt nichts geschieht, so ist wahrscheinlich, daß das zu Meldende den Engländern, die die Telegraphenlinien in Händen haben, nicht günstig ist, oder daß sie von den Boeren eingeschlossen sind und gar nichts melden können.

Der Berichterstatter der „Times“ in Raonvooport bestätigt die Räumung von Vaalkop auf dem südwestlichen Kriegsschauplatz am 16. Dezember. Der Platz sei sodann von den Boeren besetzt worden, die aber von britischen Granatfeuer vertrieben worden seien. Der Berichterstatter der „Morning Post“ am Modderflusse (westlicher Kriegsschauplatz) meldet, daß die Boerenverluste bei Maggersfontein erheblicher waren, als sie anfänglich geschätzt wurden. Am letzten Sonnabend, fünf Tage nach der Schlacht, hat Cronje um Waffenruhe zur Beerdigung der Toten. Reichen dankte Cronje für die humane Behandlung der britischen Verwundeten.

Der Zustand im Kapland.

Die Zahl der aufständigen Kap-Holländer wird in Brüssel auf 13 000 angegeben. Dort ist auch die Nachricht verbreitet, General French sei durch die Kapständer zum Rückzug gezwungen. Aus den Niederlanden begeben sich zahlreiche junge Holländer nach Südafrika, um in die Reihen der Transvaal-Armee einzutreten.

Eine angebliche Neutralitätsverletzung durch Nordamerika hat der Transvaalregierung Veranlassung zu einer Korrespondenz mit der Regierung der Vereinigten Staaten gegeben. Aus Pretoria wird gemeldet: Die Transvaalregierung hat bei der amerikanischen Regierung wegen der Lieferung von Kriegsmunition an England Protest eingelegt. Die Vereinigten Staaten antworteten, das Verfahren verstoße nicht gegen die internationalen Kriegsgesetze. Transvaal könne hiervon Gebrauch machen und Kriegsmunition bei amerikanischen Firmen bestellen.

Was die englischen Märsche betrifft, so gehen immer noch Meldungen über Soldatenüberzugen in Auslande ein. In schweizerischen Verggengenden sind neuerdings englische Werber aufgetaucht, die gediente Soldaten angeblich als Werber nach fernen Kolonien engagieren wollen. Es gelang bisher nicht, einen der Werber zu fassen.

Aus Gibraltar wird berichtet, daß eine Abteilung Artillerie Befehl erhalten habe, sich unverzüglich von Gibraltar nach Südafrika einzuschiffen.

Bezüglich Indiens wird aus London berichtet, daß man es dort als unmöglich betrachte, weitere Regimenter zur Verwendung auf dem Kriegsschauplatz aus Indien fortzuschicken. Die Lage in Indien sei jetzt ernst, da die Nachrichten von den süd-afrikanischen Niederlagen zweifellos nicht ohne Wirkung auf die Phantasie der indischen Eingeborenen bleiben würden. Auch in Indien müsse man allen Eventualitäten ins Auge sehen können.

Ueber die Friedensliebe der Boeren

hat sich Dr. Leyds, der Vertreter Transvaals in Europa, ausföhrlich geäußert. Er weilt gegenwärtig in Paris und erklärte

einem Vertreter des „Matin“, daß er von den jüngst gemeldeten Vermittlungsversuchen nichts wisse, schon deshalb nicht, weil er ohne jede Verbindung mit seiner Regierung sei. Selbst wenn Präsident Krüger die guten Dienste irgend einer neutralen Macht in Anspruch nehmen wollte, könne er dies aus Mangel an einer Verbindung mit seinem Vertreter in Europa nicht thun. „Doch wir haben allen Grund“, schloß Dr. Leyds, „mit Vertrauen in die Zukunft zu blicken. Wir lieben den Frieden mehr, als den Ruhm und kämpfen nur, um einen endgültigen ehrenhaften Frieden zu erlangen. Ich bin überzeugt, daß man in Pretoria, in welchem Augenblick des Kampfes es auch sei, immer bereit ist, einen Frieden anzunehmen oder anzubieten, wenn er nur die Unabhängigkeit verbürgt. Aber Präsident Krüger ist gegenwärtig der materiellen Möglichkeit beraubt, seine Ansichten denen mitzuteilen, die Interesse an der raschen Beendigung des Krieges haben.“

Leyds beklagte sich darüber, daß die englische Regierung, die alle Kabel beherrscht, die Drahtverbindung mit Pretoria verweigere. Er könne mit seiner Regierung nur brieflich verkehren, und wenn Krüger beispielsweise die Vermittlung neutraler Mächte würde anrufen wollen, so könnte er es nicht mangels freier Verbindung mit seinem Vertreter in Europa.

Von den Goldminen sagte er, daß sie von der Transvaalregierung bewacht werden, so lange sie den Krieg in Feindesland führe; was geschehen würde, wenn der Feind in Transvaal einbräche, das wisse er nicht, jedenfalls würden dann die militärischen Notwendigkeiten allen anderen Rücksichten vorgehen.

Leyds macht schließlich auf die „schwarze Gefahr“ aufmerksam, die sehr ernst geworden sei, seit die kaum gebändigten Kaffern das Schauspiel gegenseitiger Mordereien der Weissen vor Augen hätten.

Urteil im Prozeß Gehlsen.

Der Angeklagte Gehlsen hält noch selbst eine längere Verteidigungsrede. Wenn er ein solcher Mensch wäre, wie der Herr Staatsanwalt ihn geschildert habe, so sei er allerdings nicht wert, milde beurteilt zu werden. Er habe stets schwer gekämpft, habe sich vom einsamen Sieger zum Schriftsteller emporgearbeitet und sei vielfach in Konflikt mit Behörden und Privatpersonen geraten, aber daß er in Charlottenburg in einem schlechten Aufseher stehen sollte, habe er in dieser Verhandlung zum erstenmal gehört. Viel Geld einzubringen, sei ihm früher oft Gelegenheit geboten worden, aber stets habe er seine Hand rein gehalten, denn wie habe er es über sich vermocht, gegen seine Ueberszeugung zu schreiben. Er hoffe fest auf seine Freisprechung und daß er zu Weihnachten seiner Familie wiedergegeben werde.

Nach fast dreistündiger Beratung wurde das Urteil gesprochen: Der Angeklagte Krause sei freizusprechen, da in seinem Verhalten vom subjektiven Standpunkte aus eine Erpressung nicht zu finden sei, er vielmehr seine Forderung für berechtigt hielt.

In betref des Angeklagten Gehlsen sei derselbe bezüglich des gegen Hesse vorliegenden Betrugsversuchs freigesprochen worden, da Hesse nicht getäuscht worden sei, sondern über den Unwert des Guthabens unterrichtet war. Auch im Falle Schrobbsdorf sei auf Freisprechung erkannt worden, da Schrobbsdorf nicht das Gefühl hatte, daß es auf eine Erpressung gegen ihn abgesehen sei.

Anderes liege die Sache im Falle Wehnen, in welchem Gehlsen durch Direktor Meier 1000 M. erhielt. Hier habe der Gerichtshof eine Erpressung als erwiesen angenommen. Ebenso verhalte es sich betreffend den Fall mit der Kreditbank. Der Angeklagte möge der Ansicht gewesen sein, daß bei dem Berein Mißstände herrschten, aber sein Verhalten sei doch ein erpresserisches. Bei der Strafabmessung sei berücksichtigt worden, daß das Treiben des Angeklagten als ein gefährliches anzusehen sei, strafmildernd komme seine bisherige Unbescholtenheit wegen Eigentumsbergehens, sein hohes Alter und seine mäßliche Vermögenslage in Betracht. Das Gericht habe ihn aus diesen Gründen wegen Erpressung in zwei Fällen zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre sechs Monaten und dreijährigem Ehrverlust verurteilt.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Das neue Ministerium in Oestreich.

Wien, 22. Dezember. (B. Z. V.) Der Kaiser nahm die gestern erbetene Demission des Ministeriums Clary an und ernannte heute den Ritter v. Bittel zum Eisenbahnminister, welcher provisorisch mit dem Vorsth im Ministerrat betraut wurde. Ferner wurden Graf Welfersheim zum Landesverteidigungsminister und Ritter v. Chlenowski zum Minister ohne Portefeuille wiederernannt. Weiter bestrafte der Kaiser mit der Leitung der übrigen Ministerien nachstehende Sektionschefs: Mit der Leitung des Ackerbaumministeriums Freiherr v. Blumfeld, mit der Leitung des Ministeriums des Innern v. Stummer, mit der Leitung des Finanzministeriums Freiherr v. Jorkasch-Koch, mit der des Handelsministeriums abermals Dr. v. Etibral, mit der des Justizministeriums Ritter v. Schrott und mit der des Ministeriums für Kultus und Unterricht Ritter v. Bernd. Die amtliche Publikation erfolgt morgen.

Eine kaiserliche Entschliessung vom heutigen Tage verfügt die Vertagung des Reichsrats. Das neu gebildete Ministerium hat heute die erste Ministerrats-sitzung abgehalten.

Französische Deputiertenkammer.

Paris, 22. Dezember. (B. Z. V.) Das Haus geht zur Beratung der von der Regierung geforderten provisorischen zwei Provisen über. Willevis wirkt der Regierung vor, daß sie die Wieder- aufnahme der parlamentarischen Arbeiten verzögert habe. Abgesehen hätte auch der Senat, welcher als Staatsgerichtshof sage, das Budget nicht erledigen können. Waldeck-Rousseau erklärt, die Verzögerung der Erledigung des Budgets falle nicht der Regierung zur Last, da diese vor Einberufung der Kammer die in Aussicht gestellten Vorlagen habe vorbereiten wollen. Mehrer spricht seine Genehmigung über die Einberufung des Staatsgerichtshofes aus, er habe die frechen Herausforderungen der Rationalisten nicht länger ungestraft hingehen lassen wollen. (Beifall.) Lafies, welcher den Medeur fortwährend unterbricht, wird zur Ordnung gerufen. Die provisorischen zwei Provisen werden mit 468 gegen 51 Stimmen bewilligt.

Die Kammer nimmt hierauf einen Antrag an, wonach die Frauen- und Kinderarbeit in Fabriken auf höchstens 11 Stunden festgesetzt wird. Nach 4 Jahren soll der 10stündige Arbeitstag eingeführt werden.

Leoben, 22. Dezember. (B. Z. V.) Auf der Station Kladetz stieß heute früh ein Personenzug mit einem Güterzuge zusammen, wobei mehrere Eisenbahnwagen zertrümmert wurden; Personen sind hierbei nicht verunglückt.

Frankfurt a. M., 22. Dezember. (B. Z. V.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Madrid, daß heute der Besatzungszustand in Barcelona aufgehoben werden sollte, doch dürften die konstitutionellen Garantien ebenso wie in Biscaja wieder in Kraft gesetzt werden.

Brüssel, 22. Dezember. (B. Z. V.) Das Blatt „Peuple“ meldet: Als sich gestern eine große Anzahl Kinder auf der Eisdecke des Flusses Lys in der französischen Grenzgemeinde Freltinghin verunglückten, brach plötzlich das Eis und sehr viele Kinder versanken. 33 Leichen sind geborgen worden.

Salerno, 22. Dezember. (B. Z. V.) Durch eine Erdbebenung in Amalfi wurden heute nachmittags mehrere Häuser und das Hotel Cappuccini verschüttet und mehrere Seegelasse, die im Hafen vor Anker lagen, zum Sinken gebracht. Einige Menschen hätten das Leben gelassen.

Der Prozeß Gehlsen.

Nachdem Landgerichtsdirektor Wersheim die Sitzung um 1/2 Uhr eröffnet hat, wird auf Antrag des Verteidigers Rechtsanwalt Bohle noch die Ehefrau Gehlsen vernommen. Sie erklärt, daß ihre Ehemann eines Tages nach dem Besuche des Professors Meier zu ihr in die Küche gekommen sei und ihr 10 Stück Hundertmarkstücke gegeben habe. Auf ihre Verwunderung über den unerhofften Ertrag habe ihr Mann gesagt: „Du kannst es ruhig behalten, es ist ehlich verdient.“

Der Staatsanwalt.

Darauf wird die Beweisannahme geschlossen und Staatsanwalt Schäffer nimmt das Wort:

Als vor etwa 16 Jahren der Erpressungsprozeß gegen Grunewald und Genossen stattfand, schrieb Paul Lindau in der „Vorgewort“, daß er jetzt wisse, welche Straftaten er wählen würde, wenn er Verbrecher werden wollte. Mörder und Räuber zu werden, gefährde das Leben, Diebstahl, Betrug und Unterschlagung seien auch nicht einträglich genug, aber Erpresser, diese Straftat sei am lohnendsten und am wenigsten gefährlich. Dies habe sich auch im vorliegenden Prozesse bewährt. Der Angeklagte Gehlsen habe 20 1/2 Jahre hindurch seine unheimliche Tätigkeit betrieben, er habe viele Existenzen vernichtet und zu vernichten gesucht, jetzt werde er hoffentlich aufgehört haben, in der Öffentlichkeit eine Rolle zu spielen, er werde moralisch tot sein. Gehlsen habe sich sein eigenes Grab gegraben. Deutlicher als die ganze statthabende Beweisannahme sprachen die Artikel in der „Stadtkatze“ und im „Charlottenburger Wochenblatt“ gegen ihn. Es sei verständlich, daß durch seine Verbrechen große Unruhe hervorgerufen wurde. Der eine Teil wurde durch die Artikel mit bangender Sorge erfüllt, man fragte sich „Wer kommt nun wohl heraus?“. Der andere Teil hatte dagegen das Gefühl der Schadenfreude. Es sei anzuerkennen, daß Gehlsen in einzelnen Fällen begründete Klagen zur Sprache gebracht habe. Aber in diesen Fällen sei er nur die treibende Kraft gewesen, die das Böse wollte und das Gute schaffte. Auch auf politischem Gebiete habe der Angeklagte seine Chamaeleonnatur bewiesen. Welcher politischen Partei Gehlsen angehörte, sei schwer zu sagen, jedoch habe er allen Parteien. Während er Vertrauensmann der Ausführenden in Charlottenburg war, hielt er es mit seiner Ehre vereinbar, für den nationalliberalen Kandidaten gegen Engel zu wirken. In London schrieb er für die konservative „Post“ und war gleichzeitig Mitarbeiter „Reichs“, der Vertreter der ultramontanen „Kölnischen Volkszeitung“ war. Alles dies beweise die Charakterlosigkeit Gehlens auf politischem Gebiete. Sein sonstiger Begriff von der Ehre werde durch eine ganze Reihe von Thaten gekennzeichnet. Von demselben Manne, den er früher in der „Laterna“ in der empfindlichsten Weise angegriffen hatte, nahm er ein Geschenk von 20 M. an. Von einem anderen Manne, der ihn in einem Flugblatt einen „Erpresser“ nannte und dafür zu 150 M. verurteilt wurde, nahm Gehlsen Geld an, wofür er dann den Strafantrag wegen Verleumdung zurückzog. Jeder anständige Mann hätte sich wohl, das Interesse seiner Ehre mit dem der Sache zu verweigern, eine Verteidigung lasse man sich nicht ablaufen. Geradezu verachtend für den Charakter Gehlens spreche der Fall mit dem Architekten Reimann. Dieser hatte ihn, gereizt durch fortgesetzte Angriffe gegen ihn und seinen betagten Vater, auf offener Straße überfallen und beschimpft. Reimann wurde zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt und wußte es mit einem Unabgeschick zu versuchen. „Geld oder die Hölle!“ hatte Reimann sich überlegt, als er sich von den Angriffen befreien wollte. Er entschied sich für „Geld“ und machte damit schlechte Erfahrungen. Bei dem Unabgeschick wollte er Gehlens Unterschrift haben, und nun wandte er mit Erfolg das andere Mittel: „Geld“ an. Der Staatsanwalt geht dann auf die einzelnen zur Auflage stehenden Handlungen ein und beantragt schließlich gegen Krause sechs Monate Gefängnis und ein Jahr Ehrverlust. Was Gehlsen betrifft, so mag man über die Rechts- und Schuldfrage denken, wie man wolle, das eine steht fest: unter achtundzig Menschen könne kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß er nicht mehr zu dieser Kategorie gehöre und daß er auch nicht mehr ernst zu nehmen sei; er werde fortan schweigen können, was er wolle, niemand werde sich mehr durch ihn bewirgen lassen. Bei der außerordentlichen Gemeingefährlichkeit des Treibens des Angeklagten, der außerordentlichen Verurteilung zahlreicher Personen, der Bedrohung von Existenzen, der hysterischen Chamaeleonerei, der Hässlichkeit und Heißheit der Gefinnung beantrage er gegen Gehlsen fünf Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust. „Greif niemals in ein Wespennest, doch wenn Du greiffst, dann halte fest!“

Rechtsanwalt Bohle

Hält den vom Staatsanwalt herangezogenen Auspruch Paul Lindaus nicht für glücklich, denn wenn das „Erpressen“ keine größeren materiell Erfolge einbringe, als sie der seiner Zeit arm und mittellos ins Geil gelangene und ganz arm und mittellos nach Deutschland zurückgekehrte Angeklagte Gehlsen erzielt hat, so würde wirklich niemand zum Erpressen verleitet werden. Der Angeklagte habe aber auch nicht erreicht, dazu gehöre weit mehr, als die Beweisannahme ergeben habe. Der Staatsanwalt habe sich kräftig bemüht, noch andere Fälle gegen den Angeklagten zu ermitteln, es sei ihm dies trotz aller Anstrengung nicht gelungen und so müsse man sagen, daß gegen Gehlsen überhaupt nichts vorliege, als die hier verhandelten vier Fälle. Nachdem der Verteidiger die Schuldlosigkeit Gehlens an den einzelnen Fällen darzutun gesucht hat, schließt er:

Es gebe vor dem Gerichtshof ein besetzter Mann, der Rot und Glend in überreichem Maße durchgeloset habe, in gedrohenem, gedemütigtem Zustande, der, wenn er verurteilt werden sollte, auf die Wände der Richter zu rechnen habe.

Der zweite Verteidiger

Rechtsanwalt Dr. Löwenstein

betonte, daß ein Anruf an die Wände der Richter nicht angebracht sei. Der Angeklagte habe nur sein Recht zu beanspruchen und das müsse seine Freisprechung sein. Der Verteidiger führte dann aus, daß durch die Beweisannahme der schlimmste Verdacht, in dem der Angeklagte gestanden habe, keineswegs beseitigt worden sei. Weit schlimmer als alle Angriffe Gehlens sei das gegen ihn gerichtete Ringelnitz. Wenn der Angeklagte mit ähnlichen Waffen kämpfte, so könne man es ihm wahrlich nicht verdenken. Auf die einzelnen Fälle eingehend, sucht der Verteidiger klarzulegen, daß man in keiner Weise dem Angeklagten den Vorwurf der Erpressung machen könne. Wer wolle es einem armen Teufel, der mit seiner zahlreichen Familie in der bittersten Not lebe, verdenken, wenn er eine wohlhabende Hand, die ihm ein reiches Geldgeschenk biete, nicht zurückstoße? So liege es im Falle mit dem Professor Meier. Der Verteidiger hoffte auf völlige Freisprechung des Angeklagten, der in seinen Augen trotz der entgangenen Aussicht des Staatsanwalts ein anständiger Mensch bleibe. Der dritte Verteidiger,

Rechtsanwalt Dr. Werhaner

erging sich zunächst in juristischen Ausführungen dahingehend, daß Gehlsen in denjenigen Fällen, in denen er Ansprüche erhob, auch von der Berechnung dazu durchdrungen war. Seine Angriffe gegen den Charlottenburger Kreditverein seien keineswegs ohne Begründung geschieden, denn es war gefährlich, das über den Schorustich hinaus belastete Theater des Westens, welches Rechtsanwalt Dr. Harzfeld im Substitutionswege für 2 1/2 Millionen Mark erwerben wollte, so hoch zu beleihen, wie der Kreditverein es gethan. Auch dieser Verteidiger kam am Schluß seiner Ausführungen zu dem Ergebnis, daß eine Verurteilung des Angeklagten nicht würde erfolgen können. (Das Urteil siehe im Hauptblatt.)

Sociales.

Die Häufigkeit der Unfälle in den einzelnen Berufsgruppen nach der Statistik für 1897. Die Unfallstatistik für 1897 zeigt in methodischer Hinsicht gegen früher einen beträchtlichen Fortschritt. Bisher wurde der Berechnung der Verhältniszahlen stets die Zahl der durchschnittlich versicherten Personen zu Grunde gelegt. Es blieb dabei die Beschäftigungsdauer vollständig außer Berücksichtigung. Die amtliche Statistik strebt jetzt dahin, die Arbeitsdauer so genau als möglich zu berücksichtigen, das heißt die Zahl der Arbeitsstunden, die von allen Arbeitern geleistet werden, der Berechnung der Unfallhäufigkeit usw. zu Grunde zu legen. Es ist klar, daß dies ein viel genaueres Urteil über die Gefährlichkeit der verschiedenen Berufe zulassen würde, als wie das bisherige System. Dieses Ziel ist allerdings bisher noch nicht erreicht worden, da die Unternehmer dazu erst allmählich angehalten werden können. Gegenwärtig ist wenigstens nach Möglichkeit die Zahl der von allen Arbeitern geleisteten Arbeitsstunden festgestellt und daraus unter Zugrundelegung von 300 Arbeitsstunden pro Jahr die Anzahl der versicherten sogenannten „Vollarbeiter“ gewonnen worden.

Auf dieser Grundlage ergeben sich überraschende Resultate hinsichtlich der Unfallhäufigkeit. In der Zusammenfassung nach Gruppen der gewerblichen Berufsgenossenschaften und Ausführungsbehörden sieht danach die Gruppe Expedition und Lagererei, Fahrweisen (ohne Bahnbetriebe) oben. Es kommen in ihr auf 1000 Vollarbeiter zu je 300 Arbeitstagen 14,15 Unfälle; ihr folgt Bergbau mit 12,00, Steinbrüche mit 11,94, Holzbearbeitung 11,77, Bauwesen (Privatbetriebe) 11,59, Vinnenschiffahrt 11,35, Staatsbetriebe für Schiffahrt, Vaggonerei, Pflügerei etc. 11,28, Mälzerei, Jucker, Brennerei, Branerei und Mälzerei 10,51, Seefischerei 8,95, Eisen und Stahl 8,02. Die übrigen Gruppen stehen unter dem 8,08 betragenden Reichsdurchschnitt. Was die tödlichen Unfälle betrifft, so steht in Prozenten der Gesamtzahl der Unfälle, die Seefischerei mit 30,98 an erster Stelle, worauf die Vinnenschiffahrt mit 26,38, während die Holzbearbeitung die vierzehntigste Zahl mit 4,60 aufweist. Das Bauwesen nähert sich mit 10,98 dem Reichsdurchschnitt, der 10,60 beträgt.

Nach den Versicherungsträgern geschehen allerdings die Versicherungsanstalten der Bauwerks-Berufsgenossenschaften die erste Stelle ein. Sie zeigen auf 1000 Vollarbeiter zu 300 Arbeitstagen 22,58 Unfälle und unter ihnen steht wieder an erster Stelle die bayerische Versicherungsanstalt mit 39,98. Die Bauwerks-Berufsgenossenschaften zeigen zusammen 11,04, die bayerische allein 17,24. Die Bauwerks-Berufsgenossenschaften zeigen 16,97, Mälzerei-Berufsgenossenschaften 13,51. Die niedrigsten Zahlen weisen auf Zobel, Seiden-, Bekleidungsindustrie, Töpferei- und Quader-Berufsgenossenschaften mit 0,42 bis 2,66. In der Reihe des Durchschnitts bewegen sich staatliche Bauverwaltung, Ziegelei-, Nahrungsmittel-Berufsgenossenschaften, Eisenbahnbauverwaltung, Fleischer-, Brennerei-Berufsgenossenschaften, Berufsgenossenschaften der chemischen Industrie, Jucker, Eisen und Stahl- und Seebau-Berufsgenossenschaften mit 6,59 bis 8,95 Unfällen.

Die Thüringische Versicherungsanstalt hat beschlossen, das Mittertag Edelholz in Egelbach bei Rudolstadt für 75 000 M. zu erwerben, um die Wohngebäude zu einem Invalidenheim umzugestalten. In diesem sollen Invaliden- und Altersrentenempfänger an Stelle des Rentenbezuges freies Unterkommen finden. Auch geht die Anstalt mit der Absicht um, dort ein Gefängnis für Frauen und Mädchen zu errichten. Hierfür sind weitere 60 000 M. bewilligt. Nach dem Rechnungsjahre für 1898 hat die Anstalt am 1. Januar 1899 ein Vermögen von 17 064 092 M. Ebenso beschloß der Vorstand der Versicherungsanstalt Wesen die Errichtung einer Lungenheilstätte für die Provinz und bewilligte für 100 Betten einen Betrag bis zu 400 000 Mark. Mit dem Provinzialverein zur Bekämpfung der Tuberkulose wird die Versicherungsanstalt zu diesem Zwecke in Verbindung setzen.

Das neue Gewerke in Kolding in Dänemark hat den Achtstunden-Arbeitstag eingeführt, nachdem der Direktor desselben von einer Auslandsreise zum Studium der Verhältnisse der Gewerke zurückgekehrt ist. Die Mehrkosten für die Gemeinde betragen 800—1000 Kr., aber der Direktor meint, daß die Leistungsfähigkeit der Anstalt erhöht werden wird. Auch der Bürgermeister empfiehlt den Vorschlag und die Gemeindevertretung nahm ihn an.

Ueber die Lage der Fischer in den westfälischen Flüssen berichten russische Blätter, daß sie fast gar keine Aufzeit von den großen Fischerei-Unternehmen bekommen, vielmehr fast nur untergeordnet arbeiten müssen. Da sie die Kost beim Unternehmen haben, so werden sie mit den schlechtesten Nahrungsmitteln abgefüttert, die die Unternehmer billig ankaufen. Im Weltlohn bekommen die Arbeiter 10—15 Rubel monatlich, soweit es nicht für Aufzeit aufgeht, den ihnen der Unternehmer den Monat hindurch auf Kredit gibt. Wenn die Fischfang-Periode vorüber ist, gehen die Arbeiter mit leeren Händen heim.

Fabrikinspektion in Bombay. Dem Jahresberichte des Fabrikinspektors in Bombay zufolge unterstanden seiner Aufsicht im Jahre 1898 365 Fabriken gegen 343 im Jahre 1897; die Zahl der in denselben beschäftigten Arbeiter belief sich auf 95 038 gegen 88 575 im Vorjahre. Ueber eine Verbesserung der sanitären Verhältnisse in den Fabriken der Präsidenschaft weicht der Inspektor nur wenig zu berichten; schlecht scheint es namentlich um die Ventilation der Arbeitsräume bestellt zu sein. Der Inspektor bedauert dies um so mehr, als vielfach in den Baumwollspinnereien mit der Einführung elektrischer Beleuchtung die Arbeitszeit verlängert worden ist; in vielen Fabriken arbeiten die Arbeiter gegenwärtig 13, 14 und selbst 14 1/2 Stunden täglich — 15 Stunden ist die gesetzliche Maximalarbeitszeit in Britisch-Indien! — und erhalten als Entschädigung für die Verlängerung der Arbeitszeit nicht mehr als zwei Rupien monatlich. Die Zahl der Betriebsunfälle ist seit 1892 in stetigem Anstiegen begriffen und hat auch in der Berichtsjahre wieder erheblich zugenommen; anfänglich wurde die Steigerung in der Zahl der Unfälle einer genaueren Registrierung und besserer Erfüllung der Anzeigepflicht zugeschrieben, doch trägt auch ausgedehntere Beschäftigung ungelerner Arbeiter in den Fabriken seit dem Beginn der Pestepidemie Schuld an der wachsenden Häufigkeit der Unfälle.

Arbeiterlohn in Victoria. In der Kolonie Victoria ist kürzlich ein verändertes Fabrikgesetz in Kraft getreten, das die bestehenden Arbeiterlohn-Bestimmungen einheitlich zusammenfaßt und nach mancher Richtung hin ausdehnt. So wurden auch die Fischer der Vorküsten, die griechisch kupperte Lohnjäger festsetzen, unterstellt. Weiter wurden dem Governor in Council ausgedehnte Vollmachten eingeräumt, betreffend die Einschlagung besonderer Steuern zur Festsetzung der Löhne in einzelnen Gewerbezweigen. Auch der Schutz der Handelsangehörigen wurde erweitert, indem die Bestimmung getroffen wurde, daß jeder Laden in städtischen Distrikten einen Nachmittag in der Woche geschlossen bleiben muß.

Versammlungen.

Der Verein der Lithographen, Steindrucker und Berufs-genossen, Abtheilung III (Lithographen) hielt seine Mitgliederversammlung am 12. d. M. ab. Der Vortrag des Herrn Dr. Wehl: „Die Lebensweise der stehender Beschäftigung“, fand durch seine lehrreichen Ausführungen großen Beifall. Einzelungen und Beiträge zur Arbeitslosenunterstützung, welche mit 1. Januar 1900 in Funktion tritt, nimmt Väter jeden Sonnabend im Vereinslokal und in den Versammlungen entgegen. Dabert kritisierte sehr scharf, daß ein Kollege bei Böhm eine Arbeit übernahm, dertwegen ein anderer,

gesündigt wurde, weil dieser dieselbe nicht zu dem ihm gestellten Preis machen konnte.

Die Maschinenformer hielten am Sonntag, den 17. Dezember, in den Vocassa-Sälen eine öffentliche Versammlung ab, welche sich mit der Organisationsfrage beschäftigte. Nach einer kurzen, durch einen Kollegen gegebenen Einleitung entspann sich eine rege Diskussion, an welcher sich Redner aus sämtlichen Giebereien beteiligten. Gegen vereinzelte Stimmen nahm die gutbesuchte Versammlung eine Resolution an, welche die Maschinenformer verpflichtet, Mann für Mann dem „Deutschen Metallarbeiter-Verband“ beizutreten, um bei genügender Stärke sodann eine eigene Sektion innerhalb des Verbandes zu bilden. Der Ueberblick der Teilversammlung wurde den stehenden Formisten vorbehalten.

Der Verein der Zimmerer Verins und der Umgegend hielt am 17. Dezember seine regelmäßige Versammlung bei Cohn, Renthstraße 20, ab. Den Formisten Deutschlands wurden 30 M. bewilligt. Der Vorstand unterbreitete der Versammlung einen Antrag dahingehend, daß es den Zimmerern in der Umgegend freigestellt werden soll, ob sie dem Verein späterhin noch angehören wollen oder nicht. Fischer und Reppschläger sprachen sich dahingehend aus, daß die Konvention in der Umgegend sich unbedingt den Beschlüssen der letzten Konferenz zu fügen hätten, während Schäffer für den Antrag sprach. Pöster beantragte, diesen Antrag bis zur nächsten Generalversammlung zu verlagern, was auch von der Versammlung beschlossen wird. — Sodann hält Genosse Dr. Wehl seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über Alkoholismus und moderne Arbeiterbewegung. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen.

In der Generalversammlung der Brauer am 17. Dezember gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Aus demselben geht hervor, daß die Mitgliederzahl auf über 300 gestiegen ist. An Kämpfen ist nur der Anwehrest in der Pfälzsdorfer Brauerei zu verzeichnen gewesen, der, wie bekannt, nach vierwöchentlicher Dauer dank des energischen Eingreifens der Spandauer und Berliner Arbeitervereine zu Gunsten der Arbeiter beendet wurde. Der gesamte Vorstand wurde wiedergewählt; sodann erfolgte die Renoual der Vertrauensleute für sämtliche vertretenen Brauereien. Es erfolgte sodann eine lebhaft ausgesprochene über die Spandauer Berg-Brauerei. Diese beläufige im Gegenwärtigen zu den anderen Brauereien noch immer das Kooperationsrecht der Arbeiter mit den schädlichsten Mitteln der Spionage und Denunziation. Hierbei spielte der Kellermeister die Hauptrolle. Bei den letzten Stadtverordnetenwahlen in Spandau wollten einige Brauer wählen gehen, was ihnen schließlich auch bewilligt wurde, aber mit einer nicht mißzuverstehenden Drohung; einer ist demnach auch bald darauf entlassen worden.

Eine öffentliche Musiker-Versammlung tagte am 15. Dezember bei Vudke. Kollege Hoch verlas seinen Bericht, selbiger wurde auch angenommen. Zum Gewerkschaftsvertreter wurden Justo und Poppe gewählt. Wehnfeld berichtet über die Tätigkeit der Agitationskommission, indem er das Verhalten einiger Saalbesitzer scharf kritisierte. Die Agitationskommission besteht aus Wehnfeld, Korn und Raabe.

Charlottenburg. Am Freitag hielt der hiesige Wahlverein eine außerordentliche Generalversammlung ab. Es in die Tagesordnung eingetragen wurde, erzie die Versammlung das Andenken des Genossen Bruno Jähner durch Erheben von den Blättern. Hierauf sprach Dr. Borchardt über die vergangenen Stadtverordneten-Wahlen. Es folgte dann der Bericht des Vorstandes und des Kassierers. Die Einnahmen betragen für das III. Quartal 1036,25 M., die Ausgaben 458,95 M. Die Vorstandswahlen ergaben folgendes Resultat: A. Eisenhofer 1. Vorsitzender, F. Umge 2. Vorsitzender, A. Will Schriftführer, D. Demale und E. Krefke Kassierer. Sodann gelangte eine Resolution über zur einstimmigen Annahme, welche, unter Hinweis auf die Ungültigkeitserklärung der Wahl eines unserer Parteigenossen vor fünf Jahren, die Ablehnung unseres Protestes im ersten Bezirk aufs schärfste tadelt.

Ein Antrag, die Versammlungen um 1/2 Uhr anfangen zu lassen, wurde angenommen.

Charlottenburg. Am 17. Dezember fand im Lokale von Wille, Bismarckstraße 35, eine öffentliche Quader-Verammlung statt, zu welcher speziell die Nichtorganisierten eingeladen, jedoch wieder nicht erschienen waren. Nachdem Arnold über die Wichtigkeit und den Zweck des Gewerkschafts gesprochen, wurde Klein als Redner gewählt. Unter Verschiedenem wurden die Wünsche in den Dreierkreisen Mühl, Gery und Krebs noch einer eingehenden Besprechung unterworfen.

Schöneberg. In der Versammlung des Socialdemokratischen Vereins am Montag, den 18. Dezember, hielt Jubel unter dem größten Interesse der Anwesenden über das neue Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz. In der Diskussion wurde von einigen Mitgliedern mitgeteilt, daß auch der hiesige Magistrat Delegiertenwahlen zur Invaliditätsversicherung vorgenommen habe. — Die nächste Versammlung, in der ein Vortrag über das Mietsrecht nach dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch stattfindet, wird am Montag, den 8. Januar 1900, abgehalten. —

Schwargendorf. Am 10. d. M. hielt der Arbeiter-Bildungsverein seine letzte diesjährige Versammlung bei Weier ab. Einem früheren Beschlusse eine Vorbereitung und Erläuterung des Parteiprogramms abschnittsweise vorzunehmen, entsprach der Genosse Peters dahin, daß er über Punkt 1 desselben referierte. Eine lebhaft Diskussion nach dem Vortrage zeigte, mit welcher Aufmerksamkeit demselben seitens der Genossen gefolgt worden war. Es wurden sodann noch einige interne Angelegenheiten erörtert, aus welchen besonders hervorzuheben ist, daß die nächste Generalversammlung erst am 16. Januar 1900 stattfinden wird.

Weihensee. Hier tagte am 14. d. M. eine öffentliche Volksversammlung, in welcher Genosse Stadthagen über: Weh Schiffen, weniger Bedürfnisse? referierte. Redner kommt in seinem beifällig aufgenommenen Vortrage, in welchem er die neuesten Pläne einer scharfen Kritik unterzog, zu dem Schluß, daß die Vernehmung der Flotte für das Volk bedeuten würde eine Einschränkung seiner Bedürfnisse. Die socialdemokratische Partei werde gegen die Vortage sein. Werde der Reichstag etwa aufgelöst, so gäbe uns die Wahlagitation eine willkommene Gelegenheit, weiter für unsere Ideen zu arbeiten. Eine Diskussion fand nicht statt. — Vorher war im Anschluß an die Ausführungen Versenbergers zur bevorstehenden Gemeindevorwahl Wahl eine Wahlkommission von neun Personen gewählt worden.

Nixdorf. Am Dienstag, den 12. Dezember, tagte im Lokal von Peters, Ansebestraße 113, die regelmäßige Mitglieder-Versammlung des socialdemokratischen Vereins „Vorwärts“. Rechtsanwalt Frankl sprach über: „Mietsverträge und Mietsrechte nach dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch“. Diskussion, sowie alle übrigen Punkte der Tagesordnung wurden der niederen Temperatur wegen abgesetzt und die Versammlung geschlossen.

Im Volksbildungsverein für Brix und Umgegend sprach am 15. Dezember Herr Rechtsanwalt Viktor Frankl in eingehender Weise über: Das Mietsrecht nach dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch. Den interessanten Ausführungen folgte reicher Beifall.

Humanistische Gemeinde. Mohrenstraße 47, im oberen Saale des Brandenburger Hauses. Am ersten Weihnachtstertag, vormittags 10 1/2 Uhr, Herr Dr. Rudolf Venzig über: Die Seligkeit des Lebens.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 24. Dezember, vorm. 10 1/2 Uhr, im oberen Saal des „Englischen Gartens“, Alexanderstraße 20: Versammlung, Vortrag des Herrn E. Bogner: Die indische Weltanschauung. Montag, den 25. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr, ebendort. Herr Dr. Bruno Wille: Redevortrag. Dienstag, den 26. Dez., vormittags 10 1/2 Uhr, ebendort. Redevortrag des Herrn Ida Krumm: Frieden. Gäste, Damen und Herren sehr willkommen.

Kaufhaus Max Mannheim

89. Frankfurter Allee 89.

➔ Weihnachts-Ausverkauf! ➔

Schwarze Kleiderstoffe

glatt und gemustert, doppeltbreit.
Mtr. 60, 75 Pf., 1,00, 1,15 bis 4,50 Mk.

Seiden-Reste

aussergewöhnlich billig
im Rest Mtr. 50 Pf.

Foulard

reine Seide, geblümt.
Mtr. 60, 75 Pf., 1,00 Mk.

Lindener Zephyr-Sammet

reiche Farben-Auswahl
Mtr. 0,65, 0,75, 1,25 Mk.

Damenhemden

Stück 0,75, 1,00, 1,15 Mk.

Herrenhemden

aus gutem Zwiernuch
Stück 1,00, 1,25, 1,50 Mk.

Kragens

rein Leinen, 4fach, in allen Façons
Stück 35 Pf.

Blusen und Blusenhemden

Stück 0,95, 1,50, 2,50 Mk. etc.

Unterröcke

aus Tuch, reich garniert,
Stück 1,25, 1,75, 3,50 Mk.

Normal-Hemden

für Herren und Damen
Stück 0,50, 0,75, 1,25 Mk.

Hemdentuche

ca. 80 cm breit
Mtr. von 18 Pf. an.

Wischtücher

Duzd. 0,32 bis 2,50 Mk.

Schulschirme

Stück 1,00, 1,15, 1,50 Mk.

Hauskleiderstoffe

doppeltbreit, sehr haltbar
Meter 0,25, 0,35, 0,45, 0,65 Mk.

Seiden-Plüsch

grosse Farben-Auswahl
Mtr. 77 Pf., 1,00, 1,50 Mk.

Schotten

reine Seide, schöne Muster
Mtr. 1,50, 1,75, 2,00 Mk.

Cheviot

reine Wolle, doppeltbreit
Mtr. 0,48, 0,75, 0,95 Mk.

Nachtjacken

Stück 1,00, 1,20, 1,35 Mk.

Oberhemden

Stück 2,50, 3,50, 4,50 Mk.

Manschetten

rein Leinen, 4fach, in allen Façons
Paar 0,50, 0,75 Mk.

Morgenröcke

Stück 3,50, 4,50, 5,50 Mk. etc.

Seidenjupons

warm gefüttert, reich garniert
Stück 3,75, 5,50 bis 15,00 Mk.

Normal-Hosen

für Herren und Damen.
Stück 0,75, 1,00, 1,25 Mk.

Bett-Dimiti

Klassenbreite Mtr. 0,80 Mk., ganze Bettbreite Mtr. 0,60 Mk.

Staubtücher

Duzd. 0,60 bis 1,50 Mk.

Damen-Regenschirme

mit eleganten Griffen
Stück 1,50, 2,00 bis 6,00 Mk.

Reste

in Wolls zu Blusen und Kleidern zu enorm billigen Preisen.

Seiden-Sammet

Mtr. 1,50, 2,00, 2,70 Mk.

Damassé

reine Seide, grosse Auswahl
Mtr. 1,35, 1,75, 2,25 Mk.

Jaquard

reine Wolle, doppeltbreit
Mtr. 0,45, 0,75, 0,95 Mk.

Beinkleider

Stück 0,75, 1,00, 1,25 Mk.

Chemisetts

Stück 0,40, 0,50, 0,75 Mk.

Krawatten

Selbstbinder, Regattes und Diplomaten
Stück 9 Pf., 25 Pf., 45 Pf.

Kinder-Jacketts u. Mäntel

Stück 2,00, 2,75, 4,50 Mk.

Umschlagetücher

in enorm grosser Auswahl
Stück 1,75, 3,50, 4,50 Mk.

Wollene Strümpfe

Handschuhe und Tricots
0,25 bis 1,50 Mk.

Stuben- u. Küchen-Handtücher

Stück 1,10 bis 6,00 Mk.

Rolltücher

Stück 0,38 bis 1,35 Mk.

Herren-Regenschirme

aus pr. Gloria-Seide
Stück 2,00, 2,50 bis 9,00 Mk.

Teppiche, Möbelstoffe, Läuferstoffe, Gardinen,

Portieren,

Schlafdecken, Steppdecken, Reisedecken.

➔ Reich sortiertes Lager ➔

in Tapissier- und Weisswaren.

„Beispiellose Aufschwung unserer Industrie“.

In der letzten Etatsdebatte wurde die „gegenwärtige günstige Geschäftslage“ von den Ministern verwertet, um Stimmung für die tiefste Vergrößerung der Flotte zu machen.

Daß die deutschen Arbeiter von diesem vielen Glück und Macht und Wohlstand Deutschlands bitter wenig abkommen haben, ist von uns schon oft nachgewiesen worden.

Nach dieser Statistik sind im Deutschen Reich während des Jahres 1898 im ganzen 8077 Anträge auf Konkursöffnung gestellt worden.

Der Vergleich mit den Vorjahren ist nur bis zum Jahre 1895 möglich, weil Deutschland erst seit dieser Zeit eine wirklich zuverlässige Konkursstatistik hat.

Table with 2 columns: Im Jahre, Anträge auf Konkursöffnung. Rows for years 1895, 1896, 1897, 1898.

Hierbei ist zu berücksichtigen, daß im Jahre 1895 der industrielle Aufschwung begonnen hat. Das folgende Jahr brachte einen erheblichen Rückgang in der Zahl der Konkurse.

Selbstverständlich sind es die Kleinen Geschäftleute, die den größten Teil der Konkurse stellen.

Table with 3 columns: unter, 1000 M., 2000 M., 5000 M., 10000 M., 20000 M., 50000 M., 100000 M., 500000 M., 1000000 M., 1000000 und mehr.

Daher kommt es auch, daß bei einigen Berufs- und Gewerbe-Arten, in denen namentlich auch kleine Geschäfttreibende und Handwerker vertreten sind, die hohen absoluten Zahlen der neuen Konkurse auffallen.

In welchem Maße das wirtschaftliche Leben durch die Konkurse beeinflusst wird, das mögen die folgenden Zahlen illustrieren:

Table with 2 columns: Die Massekosten, Masseforderungen, Schuldenmasse, Teilungsmasse.

Auch die letzte Summe muß hier angeführt werden, da sie im Konkursverfahren für die anteilmäßige Befriedigung der Gläubiger festgelegt, dem wirtschaftlichen Verkehr also für diese Zeit entzogen ist.

Ausgefallen sind:

Table with 2 columns: an Masseforderungen, bedrohten Konkursforderungen, nicht bevorrechtigten Konkursforderungen.

Wie viel Glend durch diese Konkurse jedes Jahr selbst unter dem „beispiellosen Aufschwung unserer Industrie“ — um mit dem Staatssekretär des Reichs-Schatzamt zu sprechen — über Tausende von Kaufleuten und Handwerkern gebracht wird, das kann sich jedermann selbst vorstellen.

Die Ausweisung der italienischen Sozialisten im schweizer Nationalrat.

Der Nationalrat behandelte in drei Sitzungen die Rekurse der ausgewiesenen Italiener. Der eine Rekurs ist von Gernani und der andere gemeinschaftlich von Ciachi, Jotti und Speroni eingereicht.

Gernani in seinem Rekurs auch rüchichtslose Kritik an den Bundesbehörden geübt, so war derselbe von vornherein aussichtslos.

Anders verhält es sich mit der Ausweisung der drei Genossen Ciachi, Jotti und Speroni. Ihr „Verbrechen“ soll in der Veröffentlichung eines Manifestes liegen, in dem gegen die berücksichtigten politischen Maßnahmen der italienischen Regierung protestiert und die Genossen in der Schweiz zur Einberufung von Protestversammlungen aufgefordert werden.

Die kompakte Mehrheit der Radikalen und mit ihnen auch Ultramontane und Konservative stellten sich ebenfalls auf den Standpunkt der Kommissionsmehrheit.

Der französische Kommissionsreferent Dehanes erklärte, die Sozialisten Italiens verdienen alle Sympathien, denn sie kämpfen gegen die vom antiken Rom vererbte herrschende Anschauung in Italien, daß die Arbeit eine verächtliche Sklaverei sei.

Der Bundesrat wird eingeladen, den politischen Flüchtlingen, welche für die Verbreitung ihrer politischen und sozialen Anschauungen mit gesellschaftlichen Mitteln wirksam, den schweizerischen Traditionen entsprechend Vorkommen zu wollen.

Der Bundesrat solle eine Vorlage einbringen für gesetzliche Regelung der politischen Polizei. Bundesrat Brenner verteidigte die Ausweisung als vollständig begründet.

Der Bundesrat hat, wie dies vorausgesehen war, gestimmt, die drei ohne ausreichende Gründe ausgewiesenen italienischen Sozialisten bleiben auf Lebenszeit aus der schweizerischen Republik ausgewiesen und die Schweizergesichte ist um ein unrühmliches Blatt bereichert.

In der Abstimmung wurde dieser Antrag mit 75 gegen 35, der Antrag der Kommissionsmehrheit (Aushebung der Ausweisung der drei Genossen) mit 97 gegen 21 und schließlich auch der Antrag Gobat mit 97 gegen 20 Stimmen abgelehnt.

Der Bundesrat hat, wie dies vorausgesehen war, gestimmt, die drei ohne ausreichende Gründe ausgewiesenen italienischen Sozialisten bleiben auf Lebenszeit aus der schweizerischen Republik ausgewiesen und die Schweizergesichte ist um ein unrühmliches Blatt bereichert.

Der Bundesrat hat, wie dies vorausgesehen war, gestimmt, die drei ohne ausreichende Gründe ausgewiesenen italienischen Sozialisten bleiben auf Lebenszeit aus der schweizerischen Republik ausgewiesen und die Schweizergesichte ist um ein unrühmliches Blatt bereichert.

Der Bundesrat hat, wie dies vorausgesehen war, gestimmt, die drei ohne ausreichende Gründe ausgewiesenen italienischen Sozialisten bleiben auf Lebenszeit aus der schweizerischen Republik ausgewiesen und die Schweizergesichte ist um ein unrühmliches Blatt bereichert.

Der Bundesrat hat, wie dies vorausgesehen war, gestimmt, die drei ohne ausreichende Gründe ausgewiesenen italienischen Sozialisten bleiben auf Lebenszeit aus der schweizerischen Republik ausgewiesen und die Schweizergesichte ist um ein unrühmliches Blatt bereichert.

Der Bundesrat hat, wie dies vorausgesehen war, gestimmt, die drei ohne ausreichende Gründe ausgewiesenen italienischen Sozialisten bleiben auf Lebenszeit aus der schweizerischen Republik ausgewiesen und die Schweizergesichte ist um ein unrühmliches Blatt bereichert.

Der Bundesrat hat, wie dies vorausgesehen war, gestimmt, die drei ohne ausreichende Gründe ausgewiesenen italienischen Sozialisten bleiben auf Lebenszeit aus der schweizerischen Republik ausgewiesen und die Schweizergesichte ist um ein unrühmliches Blatt bereichert.

Der Bundesrat hat, wie dies vorausgesehen war, gestimmt, die drei ohne ausreichende Gründe ausgewiesenen italienischen Sozialisten bleiben auf Lebenszeit aus der schweizerischen Republik ausgewiesen und die Schweizergesichte ist um ein unrühmliches Blatt bereichert.

Der Bundesrat hat, wie dies vorausgesehen war, gestimmt, die drei ohne ausreichende Gründe ausgewiesenen italienischen Sozialisten bleiben auf Lebenszeit aus der schweizerischen Republik ausgewiesen und die Schweizergesichte ist um ein unrühmliches Blatt bereichert.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Nachahmenswert. Das neunzehnte Jahrhundert neigt sich seinem Ende zu. Im letzten Drittel desselben haben sich die deutschen Gewerkschaften von den unscheinbarsten Anfängen entwickelt zu Verbänden von teilweise schon recht respectablem Umfang.

Auf der Stettiner Schiffswerft „Vulkan“ sind die Arbeiter bekanntlich in eine Bewegung behufs Einschränkung der übermäßig langen Arbeitszeit eingetreten.

Der Tarifschutz des deutschen Buchdruckgewerbes hat im Hinblick auf die immer mehr fortschreitende Einführung von Schreibmaschinen von einer Sonderkommission einen Tarif ausarbeiten lassen, der am 1. Januar 1900 im Bereich des Allgemeinen deutschen Buchdrucker-Tarifs und für dessen Gültigkeitsdauer zur Einführung gelangen soll.

Arbeitersekretariat Stuttgart. Am 1. Januar 1900 findet die Vereinigung des Sekretariats der Vereinigten Gewerkschaften mit dem Arbeitersekretariat statt.

Die Arbeiter der Straßburger Schuhfabrik von Roth haben die Kündigung eingereicht, da ihnen eine Lohnkürzung zugemutet wurde.

Ausland.

Die schweizerische Gewerkschaftsbewegung umfaßt nach einer statistischen Aufnahme des Arbeitersekretariats 697 Gewerkschaften und Gewerksvereinigungen mit 46 359 Mitgliedern.

Die Bildhauser Hollands werden während der Weihnachtsfesttage in Amsterdam eine Konferenz abhalten, welche die Gründung eines widerstandsfähigen Verbandes bezweckt.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frauen auf den Universitäten Deutschlands. Nach einer vom Sekretär der Universität Straßburg, Dr. Hauffmann, soeben veröffentlichten Zusammenstellung beträgt die Zahl der Frauen, die im laufenden Wintersemester an den deutschen Universitäten zur Teilnahme an den Vorlesungen und Übungen zugelassen sind, im ganzen 664.

Die Frauenorganisation im Glasarbeiter-Handwerkende Halbescheimhain, die im vorigen Jahre ins Leben gerufen wurde, macht gute Fortschritte.

Kommunales.

Aus der Magistratsitzung am Freitag. In weiterer Verfolgung der Beratungen zur Feststellung des Stadthaushalts-Etats für das Jahr 1900 setzte das Magistratskollegium den Einzeletat für die verschiedenen Einnahmen für die höheren Mädchenschulen mit einer Einnahme von 100 M. und einer Ausgabe von 41 264 M. fest.

Der Königl. Wasserbauinspektor beabsichtigt gegenüber dem Nationaldenkmal am Schinkelplatz eine neue Ufermauer zu bauen und bei dieser Gelegenheit eine Grundlegung des Ufers herbeizuführen.

Partei-Nachrichten.

Der Bezirks-Vertrauensmann für Eichlinghofen erläßt in Nr. 298 der „Arbeiter-Zeitung“ in Dortmund eine Erklärung, daß sich die Genossen von Eichlinghofen, Warop, Gombrecht, Krusel, Rüdigerhagen und Auf dem Sance mit dem Beschluß der Vorstanderversammlung vom 24. Oktober d. J. auf Abschluß Litgenaus aus der Partei einverstanden erklären und das Verhalten des Kreis-Vertrauensmanns Genossen Bredenbed gutheißen.

des Vorgartens des Igl. Kommandantur-Gebäudes zu erreichen ist. Andersfalls soll der Magistrat als Eigentümer des auf der Ufermauer befindlichen Gitters bei Gelegenheit des Neubaus der Mauer ein neues, besseres und standfesteres Gitter aufstellen lassen.

Zur Feier des bevorstehenden Jahrhundertswechsels sollen nach Beschluß des Magistratskollegiums am Silvester nach 12 Uhr von der Galerie des Rathhauses Choräle gelassen werden. — Fassend wären „Gatte meine Seele“ und „Aus tiefer Not schrei ich zu dir“.

Tokales.

Vor Weihnachten

geraten die meisten Menschen in eine Stimmung, die eigentlich gar nicht in unsem nur auf des Verdienens und Zusammenharen gerichtete Zeit hineinpaßt. Da wird mit einem Male das Geld mit vollen Händen ausgegeben, als sei es wertloses Land. Jeder will den anderen beschenken, und jeder frent sich, wenn er es kann. Selbst mancher Geizkragen hat in dieser Zeit leicht seine schwache Stunde, in der er sich für kurze Zeit zu der Ansicht bekehren läßt, daß Geben seliger denn Nehmen.

Diese geführende Stimmung, die das Verhältnis des Einzelnen zum Einzelnen in der Weihnachtszeit um so viel herzlicher gestaltet, geht auch an dem Verhältnis der Bevölkerungsklassen zu einander nicht ganz spurlos vorüber. Dem Wohlhabenden wird das Leben am leichtesten gemacht, für ihn ist es eine wirklich ungetrübte Freude. Und zu Weihnachten löst er sie gründlich aus, diese Freude — da überhäuft er die Seinen an einem einzigen Tage mit Gaben, deren Wert manchmal mehr als ausreicht, um für eine Arbeiterfamilie den Lebensunterhalt eines ganzen Jahres zu decken. Aber auch als Klasse denken die Wohlhabenden vor Weihnachten wieder einmal daran, daß Geben seliger denn Nehmen ist. Sie bauen mancher armen Familie, an die der „Weihnachtsmann“ sonst achlos vorüberginge, ihren bescheidenen Weihnachtsgeld auf.

Eine schöne Sitte, nicht wahr?
Es scheint so. Aber im Vertrauen gesagt, die besitzende Klasse erimmt uns, wenn sie so den „Weihnachtsmann“ der Armen spielt, manchmal ein bißchen an den oben erwähnten Geizkragen, der seine schwache Stunde hat.

Das Bourgeoisbüßchen, das um die Weihnachtszeit so überaus weich wird, erweist sich bei anderen Gelegenheiten hart wie Stein. Die meisten dieser Leute, die vor Weihnachten in ihren Anforderungen zur Spende milder Gaben so beweglich für die Armen zu bitten verstehen, machen nicht mit, wenn von ihnen verlangt wird, daß sie sich einmal an durchgreifenden Maßregeln zur Bänderung der Not beteiligen. Wenn es eine wirkliche Bedingung der wirtschaftlichen Lage der besitzlosen Klasse gilt, dann sind sie selbstverständlich erst recht nicht zu haben. Wer ihnen mit solchen Forderungen kommt, dem leugnet mancher dieser um Weihnachten zu weichbergigen Wohlthäter sogar sein Gesicht hinein, daß es überhaupt so etwas wie einen Notstand der besitzlosen Klasse gibt.

Geizkragen sind eben wirklich nur bei besonderen Gelegenheiten und für kurze Zeit zu bekehren. Wenn ihre schwache Stunde vorüber ist, dann besinnen sie sich sehr geschwind wieder auf ihren Verstand, nach dem Grundsatz zu handeln: „Nehmen ist seliger denn Geben.“

Die Kermessen der Armen.

So traurig auch, das Loos der Proletarier ist, die jetzt durch Straßenhandel mit Weihnachtsartikeln ihre Existenz zu fristen gezwungen sind, es gibt leider — so will es die göttliche Weltordnung — noch viele, die in größerem Glanz leben, die nicht einmal eine Stütze haben, die ihnen Unterkunft und Schutz gegen die Anbilden des strengen Winters bietet. Wir meinen jene Armen, für die die Arbeitslosigkeit meist schon nach kurzer Zeit den gänzlichen Mangel an Existenzmitteln zur Folge hat, und denen es in solchen Zeiten nicht nur an Brot, sondern auch an Obdach fehlt. So lange die Witterung einigermassen mild ist, sieht man die Summe des Elends nicht, welches sich auch in Zeiten verhältnismäßig guten Geschäftsganges in der Großstadt birgt. Dann streifen die Brot- und Obdachlosen tagsüber durch die Straßen, nach Arbeitsgelegenheit aussehend, und suchen für die Nacht Unterstuf in Asyl, oder, falls sie noch über einige Groschen verfügen, in irgend einer Pötte. Wenn aber der Winter mit solcher Strenge einsetzt, wie es jetzt wieder der Fall ist, dann wird ein längerer Aufenthalt im Freien, besonders wenn man nichts Warmes in und auf der Leibe hat, unerträglich. Die steigende Kälte vermindert auch in vielen Verfassungen die Aussicht auf Arbeit, das Umsuchen nach Beschäftigung wird erfolglos, und die Kermessen der Armen, die sich sonst auf den Straßen herumdrücken, suchen in der Warmehalle zeitweilig Schutz vor der schneidenden Kälte. Die Warmehalle ist denn auch jetzt fortwährend fast besetzt. Schon vor 7 Uhr morgens warten viele auf die Eröffnung der Halle und gegen 8—9 Uhr sind die weiten Räume, die mehr als 1000 Personen fassen, bis auf den letzten Platz besetzt. Gestern war der Andrang seit der diesjährigen Eröffnung der Warmehalle am stärksten. Auf langen Holzbanken, eng aneinandergerückt, damit der Raum gründlich ausgenutzt werde, sitzen die vom Gewaltthätigen Kapitalismus zu Hunger und Obdachlosigkeit Verurteilten, um wenigstens für einige Stunden die von den großen Oefen ausgestrahlte Wärme auf sich einwirken zu lassen. Willkürlich, wer noch einige Pfennige besitzt, um sich an einem Kaffee, einem Tasse Tee, auch von unten heraus zu erwärmen und ein wenig zu stärken. Unter diesen Armen gibt es so manchen, der sich solche fraglichen Genüsse nicht einmal leisten kann und der nun mit verlangenden Blicken seinem glücklicheren Nachbar die großen Pfaffen in den Mund zählt.

Welche Stimme des Elends an diesem einen Ort, wo Tag für Tag tausende der ärmsten Proletarier die warme Luft als ein Geschenk aus wohlthätiger Hand entgegennehmen!

Das Christliche aller Feste, das Weihnachtsfest, fällt manchmal unglücklicher Unternehmer recht ungelogen; kommen doch drei Feiertage hintereinander, an denen die Arbeiter nicht in die Tretnühle gezwungen werden können. Doch halt! Wir haben ja eine Gewerbeordnung und diese hat einen weiten Spielraum. In weitherziger Weise hat die Gesetzgebung das für gefordert, daß die Jagd nach dem Profit nicht drei lange Tage unterbrochen zu werden braucht. Der „heilige Abend“ trifft diesmal auf einen Sonntag, den „goldenen Sonntag“. Die Handlungsgeschäfte müssen, da die Geschäfte annähernd den ganzen Tag geöffnet sein dürfen, an diesem Tage intensiver als sonst noch zu arbeiten haben. Auch dafür ist gesorgt, daß den Zeitungsverlegern die Verhinderung ihrer christlichen Feststimmung nicht allzu schwer fällt. So macht der Berliner Polizeipräsident bekannt:

Auf Grund des § 106 der Reichs-Gewerbe-Ordnung wird mit Bezug auf § 8 der Verordnung über die Sonntagsruhe im Gewerbebetriebe — mit Ausnahme des Handelsgewerbes — vom 21. März 1895 für den Stadtbezirk Berlin verordnet was folgt: In Zeitungsverlegungen dürfen am Dienstag, den 29. Dezember dieses Jahres Arbeiter mit solchen Arbeiten, die zur Herstellung der Morgenausgabe einer Zeitung für den 27. d. M. erforderlich sind, jedoch frühestens von 6 Uhr abends ab beschäftigt werden. Unverzüglich werden eine ganze Reihe Zeitungsverleger sich diese Bestimmung zu Nutzen machen, deren Redacteurs in der Weihnachtsnummer über und unter dem Strich die wohlthätigen Töne anschlagen müssen über das „Fest der Liebe“, das „innige häusliche Familienleben“, das bei Leibe nicht sie, sondern die bösen Socialdemokraten zerstören.

Noch viel weiter aber sind einige Zeitungsverleger in Frankfurt a. M. gegangen. Diese — unter ihnen findet sich auch die demokratische „Frankfurter Zeitung“ — haben sich von der Behörde die Erlaubnis erwirkt, am Sonntagabend ein Blatt

erschienen zu lassen. Es geschieht das namentlich, um den aus den Zeitungen zu erwartenden Gewinn zu retten. Da am Mittwochmorgen natürlich auch wieder ein Blatt erscheint, das in der Dienstagnacht geleert werden muß, so verbleibt den Redacteurs, Setzern und dem sonstigen Personal überhaupt von den drei Zeitungen nur ein voller Tag.

Das hindert natürlich nicht, daß jene Organe sich auch in Zukunft wieder als arbeiterfreundliche ausspielen werden.

Die Einführung bedingungsloser Gebührensfreiheit für Desinfektion bei ansteckenden Krankheiten ist in Berlin immer noch ein frommer Wunsch. Denn man in dem neuesten Jahresbericht über die allgemeine Verwahrung des Magistrats das Kapitel vom Desinfektionswesen liest, dann möchte man fast annehmen, daß sie auch der Wunsch des Magistrats sei. Oder wie soll man die zum so und so vielen Male vorgebrachte Klage, daß, während die gutgeleiteten Klassen der Einwohner häufig aus eigenem Antriebe desinfizieren lassen, dies bei den ärmeren Volksklassen zumeist erst auf Grund polizeilicher Anordnung geschieht, anders verstehen? Leider ist diese immer wiederholte Klage nach wie vor durchaus berechtigt. Das kommt auch in den Zahlen, die der Bericht über den Betrieb der ersten Desinfektionsanstalt mitteilt, wieder recht überzeugend zum Ausdruck. Von 6727 Interessenten, die im Jahre 1897/98 8356 Wohnungen mit 210 630 darin befindlichen Gegenständen desinfizieren ließen beziehungsweise 140 050 zu desinfizierende Gegenstände an die Anstalt lieferten, wohnten 6585 in Berlin, und zwar 4175 (= 63,4 Proz.) in Vorderhäusern und nur 2410 (= 36,6 Proz.) in Hinterhäusern. Man sollte das umgekehrte Verhältnis erwarten, da ja die Straßenseiten, bei denen eine Desinfektion bzw. der Gebrauchsgegenstände wünschenswert oder polizeilich vorgeschrieben ist, in den Hinterhäusern bekanntermaßen viel häufiger auftreten als in den Vorderhäusern. Der Bericht bemerkt dazu: „Dies Ergebnis dürfte hauptsächlich darauf zurückzuführen sein, daß die in den Vorderhäusern wohnenden wohlhabenden Leute, denen es auf die Kosten weniger ankommt, häufig auch bei nicht ansteckenden Krankheitsfällen die Desinfektionsanstalt in Anspruch nehmen.“ Das wird zutreffen, aber nicht weniger zutreffend dürfte die Annahme sein, daß die in den Hinterhäusern wohnenden ärmeren Leute häufig selbst in den dringendsten Fällen auf Benutzung der Desinfektionsanstalt verzichten, weil es ihnen begreiflicherweise sehr auf die Kosten ankommt, und weil sie ein Gefühl um Gefahr der Gebührens als peinlich empfinden. In diesen dringendsten Fällen gehören nicht nur die, wo die Desinfektion polizeilich vorgeschrieben ist, also Erkrankungen an Cholera, Pocken, Typhus, Diphtherie, bösartigem Scharlachfieber, bösartigem Masern u. s. w., sondern vor allen Dingen auch die Fälle von Schwindsucht. Aber während die Anstalt z. B. wegen Diphtherie 8300 mal in Anspruch genommen wurde, geschah das wegen Schwindsucht nur 550 mal, und auch von dieser geringen Zahl kam der kleinere Teil (121 Fälle) auf Wohnungsdesinfektionen, der größere (389 Fälle) auf Desinfektion nur von Gebrauchsgegenständen (außerdem 49 Fälle auf Desinfektion von Krankenwagen). In dem Bericht wird das „wegen der Gefährlichkeit dieser Krankheit“ beklagt, aber durch bloßes Beklagen wird eben nichts geändert und gebessert. Dem Stadtsäckel würde durch Einführung allgemeiner Unentgeltlichkeit der Desinfektion nur sehr wenig an Einnahmen entzogen. Der Sollbetrag der Gebührens stellte sich 1897/98 auf rund 75 882 M. Davon wurden 50 519 M. niederschlagen und 25 275 M. als Reste auf das nächste Jahr übernommen. Thatsächlich kamen an Gebührens (einschließlich anderer Einnahmen) nur 26 576 M. ein. Um dieser Summe willen, die für eine Stadt wie Berlin eine lächerliche Lappalie bedeutet, wird an den Gebührens festgehalten! Die Ausgaben betragen 146 650 M., der notwendige Zuschuß 120 074 M. Bei allgemeiner Gebührenslosigkeit würde natürlich die Benutzung der Anstalt, also auch die Ausgabe bald bedeutend steigen, aber das Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege muß einer einsichtsvollen Stadtverwaltung höher stehen als eine Ersparnis von einigen hunderttausend Mark.

Die Klagen und Anklagen gegen die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft durch die Presse scheinen zwar an der Direction so ziemlich wirkungslos vorüberzugehen, dennoch dürfen wir nicht müde werden, auch vom technischen Standpunkte diese Profitwirtschaft immer von neuem zu beleuchten.

Daß wir durch Einführung des elektrischen Betriebes statt einer Verkehrsvermehrung bis jetzt nur Verkehrsbehindernde eingetourt haben, ist bereits anerkannt. Was aber die gute Direction alles anwendet, um den Umsatz des Publikums zu steigern, muß wirklich einmal zusammengefaßt werden.

1. Die Annoncen an den großen Scheiben der langen Wagen müssen wir uns bis zum Ablauf der angeblichen Verträge gefallen lassen, obgleich es allgemein bekannt ist, mit welcher Leichtigkeit es der Direction gelungen wäre, dieses unauflösbare Verkehrsbehindernde zu beseitigen. 2. Die hohen, für Frauen so schwer und un bequem zu ersteigenden Stufen bleiben trotz der häufigsten öffentlichen Klagen auch bei den neu hinzukommenden Wagen bestehen. Die Direction kümmert sich eben um die berechtigten Forderungen des Publikums gar nicht. 3. Die Stufenhöhe, die auf dem Perron entsteht, wenn das linksseitige Gitter geschlossen wird, läßt die Direction durch ein Brettchen zu beseitigen, das der Schaffner jedesmal bei den Umschaltungen für eine neue Fahrt nach der anderen Seite legen muß. Natürlich geht solch schamlos gestreutes Brettchen oft verloren und dann sieht der Fahrgast un bequem und unsicher auf dem Perron. 4. Bei Einrichtung neuer elektrischer Linien sind die Pferde Hals über Kopf verkauft worden, so daß beim letzten Säucefall sogar Hilfspferde fehlten und die Fahrzeiten ganz einfach eingekürzt wurden, da auch die Pferde erschöpft den Dienst verweigerten. 5. Mit dem Winterfahrplan hatte die Gesellschaft die lächerliche Behauptung der Verkehrsdeputation gegenüber aufgestellt, es sollten die Wagen beim Verkehrsandrang nach Bedarf vermehrt werden. Was jetzt ist immer nur das Gegenteil die Wahrheit. Selbst an schneefreien Tagen sind die Wagen voll, das Publikum wartet, wie man täglich und stündlich, besonders nachmittags, sehen kann, vergeblich auf Vermehrung der Fahrgelegenheit. Will die Verkehrsdeputation alle diese Zustände mit freundlicher Gleichgültigkeit hinnehmen? 6. Die Bremsenrichtungen haben sich für die Fälle der Gefahr teils als untauglich, teils als höchst unzuverlässig herausgestellt, und die Gesellschaft kann von Glad sagen, daß es unter den Betriebsabnahme-Beamten des Polizeipräsidiums an Sachverständigen fehlt, welche die mannigfachen Mängel der Wagen hinreichend zu beurteilen vermögen. Nur diesem Uebelstande ist es wohl zuzuschreiben, wenn eine so große Betriebsgesellschaft sich bisher ohne einen wirklich erfahrenen, elektrotechnisch höher gebildeten Betriebsbeamten behelfen hat und dann unserer mangelhaften Gesetzgebung einer Direction die Leitung überlassen durfte, deren Verantwortlichkeit sich in erster Linie auf die Erhöhung der Dividende erstreckt. — Erwägt man, wie dauern lächerlich das Publikum behandelt wird, wie verwerflich die Arbeitskräfte ausgenutzt werden, wie sogar die Reparaturschlosser in den Depotverhältnissen wesentlich nur kleine Zahlungen ihres verdienten Wochenlohnes und erst am 23. jeden Monats ihren Lohnrest empfangen, so besetzt sich doch bei jedem Mann die Ueberzeugung, daß diese Große Straßenbahn-Gesellschaft von einer Direction geleitet wird, welche weder technisch noch menschlich die Fähigkeiten besitzt, um den Anforderungen einer Großstadt zu genügen, und daß die Behörden nicht die geringste Veranlassung haben, einer solchen, fortgesetzt den Unwillen der Öffentlichkeit herausfordernden Direction irgendwie entgegenzutreten! —

Bräuereiprofite. Die Berliner Bierbrauereien veröffentlichen jetzt ihre Geschäftsberichte. Durchweg stützen sie auf ein profitables Jahr zurück. An der Spitze marschieren die Bergschloß-Brauerei mit 18 Proz. Dividende, ihr folgt die Schultze-Brauerei, die 14 Proz. statt 15 Proz. im Vorjahre an ihre Aktionäre verteilt. Die Pfefferberg-Brauerei schüttet 13 Proz. aus, Pagenhofer und Vereins-Brauerei Rigdorf je 12 Proz., Voß-

Bräuerei und Schloß-Brauerei Schönberg 10 Proz. Dann folgen Spandauer Berg mit 8 Proz., Moabit mit 5 1/2 Proz., Friedrichshain, Victoria und Norddeutsche mit 5 Proz. Dividendenlos ist das Mühlengüter Brauhaus. Von den Weichler-Brauereien reussieren am besten Landré mit 9 Proz. und Eckhard mit 8 Proz. Dividende. Den größten Bierabsatz hatte die Schultze-Brauerei, nämlich 763 667 Hektoliter gegen 700 210 Hektoliter im Vorjahre. Ihr folgt im weiten Abstände Pagenhofer mit 241 802 Hektoliter gegen 235 790 Hektoliter im Vorjahre.

Werkwürdige Ansichten über Jugendliteratur schließt die städtische Schulbehörde zu haben. Als vorgestern in der 50. Gemeindegemeinde-Schulversammlung und Jahrsrückwende feierlich besprochen wurden, erhielten hervorragende tüchtige Kinder gewissermaßen als Erbe des scheidenden Jahrsrückwende vom Lehrer oder Vortrager ein Buch geschenkt. Sein Titel lautete: „Offizieller Führer durch Kairo, Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896. Verlag des „Kleinen Journalen“. Besondere Sorgfalt verwendet der „Führer“ auf die Beschreibung der jetzt zum Glanz im Erdboden verschwundenen Anepiolokale der verflochtenen Ausstellung.

Die Zabelmarken im Reiche des Jubels. Die neuen Reichspostmarken sind bereits in den Aberten von 10 Pfennig bis eine Mark fertiggestellt und an die verschiedenen Berliner Postämter verteilt worden. In einigen Postanstalten wurden die neuen Marken sofort verkauft und vom Publikum zur Franchierung von Briefen benutzt. Die Oberpostdirektion hat nun gestern an die sämtlichen Berliner und Vorortpostämter eine Verfügung erlassen, wonach vor dem 1. Januar neue Marken nicht mehr verkauft werden sollen. Ueber die Jahrsrückwende war mitgeteilt worden, daß sie in unbeschränkter Zahl hergestellt und im ganzen Jahre 1900 zum Verkauf kommen würden. Dies ist jedoch unzutreffend. Es werden nach der Zahl der Einwohner des Deutschen Reiches im ganzen 54 000 000 Jahrsrückwende hergestellt. Wenn diese Auflage beziffert ist, wird ohne Rücksicht auf die Zeitbestimmung die gewöhnliche neue Postkarte zum Verkauf gelangen, was voraussichtlich im Juni nächsten Jahres der Fall sein wird.

Ladenschilder. Am 1. Januar tritt die neue Verordnung in Kraft, daß sämtliche Gewerbetreibende, die einen offenen Laden haben, ihren Familiennamen mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen an der Außenwand oder am Eingange des Ladens anbringen müssen. Infolge dieser Verordnung ist die Anfrage ergangen, ob die im Schaufenster angebrachten, von außen gut zu sehenden Firmenschilder genügen. Darauf ist, wie der „Kauf“ mitteilt, amtlicherseits die Antwort erteilt worden, daß solche Schilde nicht genügen. Der Name des Inhabers muß mit einem voll ausgeschriebenen Vornamen außen am Hause oder am Eingange des Ladens sichtbar angebracht sein.

Die deutschen Kautschukfabriken haben beschlossen, von Neujahr ab den Preis ihrer Waren bis zu 15% zu erhöhen. Wo man sieht und hört, treten Preis erhöhungen ein. Nur dem Arbeiter wird es mit allen möglichen Mitteln erspart, sich einen Lohn zu erringen, der bei bescheidenen Ansprüchen zum Leben genügt.

Rückgang des Weihnachtsmarktes. Auf dem vorjährigen Weihnachtsmarkte waren im ganzen 919 Buben und Schragen aufgeschlagen worden. In diesem Jahre beträgt ihre Zahl nur noch 734. In der Gneisenaustraße zählte man im vergangenen Jahre 422, in diesem Jahre befinden sich dort nur noch 283. Auf dem Arkonaplay standen 195 gegen 174 in diesem Jahre. In diesen Zahlen spricht sich der Rückgang des Berliner Weihnachtsmarktes deutlich aus. Vermehrt haben sich dagegen die Verkaufsstellen für Weihnachtsbäume, 2177 in diesem Jahre gegen 1974 im vorigen Jahre, und die Verkaufsstellen für Kessel und Kasse, 208 gegen 166 Weihnachten 1898.

Christbaumschmuck thüringischer Parteigenossen. Wie im vorigen Jahre, so haben auch jetzt einige Berliner Genossen von den armen Arbeitern in Hohenhausen, Thüringen, einen Posten Christbaumschmuck übernommen, der im Konsumverein Nord, Himmelsberg 1, sowie bei Fritz Jubel, Reichensbergstr. 182, Hof rechts 1 Treppe zum Verkauf gebracht wird. Wir richten die Bitte an unsere Leser und Leserinnen, beim Einkauf diese Verkaufsstellen zu berücksichtigen und so den armen Parteigenossen in Thüringen eine Weihnachtsfreude zu bereiten.

Die Einstellung von Mannschaften der Berliner Garnison zur Bewilligung des Weihnachtspäders. Der Verkehr der Post hatten verschiedene Körperchaften im Interesse der stellungslosen Kaufleute in diesem Jahre zu beschränken gebeten. Die Oberpostdirektion ist diesem Wunsch nur insofern nachgegeben, als trotz des sehr gesteigerten Verkehrs die Zahl der zur Post kommandierten Unteroffiziere und Mannschaften ungefähr dieselbe geblieben ist wie im Vorjahre, etwas über 200. Man glaubt die Soldaten im Interesse eines geordneten Weihnachtsverkehrs nicht entsenden zu können, warum aber stellungslose Kaufleute z. B. nicht daselbst leisten können wie die Soldaten, ist nicht recht einzusehen. Gegenwärtig werden Civilpersonen als Ausbehalter nur im inneren Dienst verwendet. Ihre Zahl beträgt beim Paktipostamt in den verkehrsreichsten Tagen etwa 700.

In der Charité ist gestern nachmittag den kranken Kindern der Weihnachtsbaum angezündet worden. Soweit es möglich war, erhielten sie Pfefferkuchen, Spielzeug und Kleider zugeteilt.

Das Volkzeipräsidium teilt mit: Die Firma Albert Sahle mon beabsichtigt, auf dem Grundstück Alie Jakobstraße 10 eine Verzinnungsanlage zu errichten. Personen, welche Einwendungen gegen das Unternehmen machen wollen, haben dieses dem Volkzeipräsidium schriftlich in zwei Exemplaren bis Anfang Januar zu Protokoll zu geben. Später eingehende Einwendungen können nach § 17 der N.-O.-D. in dem Verfahren nicht mehr angebracht werden.

Die Hausbesitzer im Zeit. Das Steigen der Mietpreise in der letzten Zeit wird auch in dem Bericht des Vereins der Berliner Grundbesitzer- und Hypothekendarsteller für 1899 hervorgehoben. Der Jahresbericht schreibt darüber wie folgt: Große hochgelegene Wohnungen wurden namentlich in modernen Häusern, in den neuen an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche gelegenen Straßenzügen hergestellt und zu Preisen vermiethet, von denen allerdings unsere Altvordern keine Ahnung hatten. Aber auch mittelherkömmliche Quartiere fanden in diesen und in anderen bevorzugten Wohngegenden Beachtung und wurden gut vermietet, so daß diese Häuser gleichfalls vielfach entsprechenden Ueberfluth abwarfen und leicht veräußert waren. Diese leichte Veräußerlichkeit übertrug sich aber auf andere, nahe der Stadt- und den Ringbahnlinien gelegene neue Häuser und wurde hierbei namentlich das Charlottenburger, Wilmersdorfer und Schöneberger Gebiet bevorzugt. Hier sind die Mietsätze auch für kleinere Wohnungen stark in die Höhe gegangen und Verkaufsobjekte boten daher neben moderner Ausstattung noch entsprechenden Ueberfluth.

Die Mieter, vor allen Dingen die proletarischen, sind bekanntlich weniger erbaut davon, daß sie den vierten oder dritten Teil ihres Verdienstes dem Hauswirt opfern müssen. Wie könnte eine Kommunalverwaltung durch Wohnungsbauten segensreich den Ausbeutungsgelassen der Hauswirte entgegenwirken, wenn endlich bei ihr so etwas wie sociales Pflichtbewußtsein aufdämmerte!

Auch das Krankenhaus der jüdischen Gemeinde will die Verpflegungskosten von Neujahr ab für hiesige Patienten auf 2,50 M. und für auswärtige auf 3 M. pro Tag erhöhen.

Entschuldigend zugerichtet wurde gestern, Freitag, früh um 3 Uhr auf dem Weichler-Kriegsdenkmal an der Skingens- und Weichlerstraße bei einem Unfall der 34 Jahre alte Witterbodenarbeiter Heinrich Klippel aus der Mühlengüterstraße. Klippel hatte im Nachhinein dem Führer eines abgehenden Güterzuges Papiere an den Zug gebracht und wollte über die Weichler-Höhe nach dem Güterboden zurückkehren. Bei der Glätte, die infolge des starken Frostes herrschte, kam er auf

den Schienen zu Falle, und im nächsten Augenblick ging eine Rangiermaschine mit dem Wagen über die Weine hinweg. Erst das Geschrei des Verunglückten machte die anderen Leute aufmerksam, daß ein Unglück geschehen war. Dem Fernisten, der mit einem Wagen der Unfallstation in der Gattenstraße in das Moabitische Krankenhaus gebracht wurde, waren beide Beine zerquetscht, so daß sie getrennt abgenommen werden mußten. Der Verunglückte ist verheiratet und Vater von vier Kindern.

Unglücksfälle. Im Dienste ist gestern morgen um 8 Uhr der 54 Jahre alte Gepäckträger Adolf Walowski aus der Gartenstraße 88 gestorben, der seit 24 Jahren auf dem Stralauer Bahnhof beschäftigt war. Walowski litt etwas an Nierennot, trat aber gestern morgen gesund um 7 Uhr seinen Dienst an. Eine Stunde später brach er in der Vorhalle des Bahnhofs zusammen und starb im Bureau der Gepäckabgabe unter den Händen des Bahnhofs. — Im Dienste schwer verunglückt ist gestern morgen um 1 Uhr der 37 Jahre alte Anstaltsmacher Heinrich Gardischewsky, der auf dem Postamt am Schlesischen Bahnhof zur Ausschleife beschäftigt war. Gardischewsky, der in der Postamtstraße wohnt, stand zwischen zwei mit Paketen beladenen Handpostwagen, als eine Rangiermaschine auf einen der Wagen aufbrach und ihn gegen den andern preschte. Der Unglückliche erlitt mehrere Rippenbrüche und mußte mit einem Rutschen Rettungswagen in das Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht werden. — In der Nacht zu gestern geriet der Bahnarbeiter Kleppel auf dem Moabitischen Güterbahnhof unter die Kläder eines Güterzuges und erlitt schwere Verletzungen an beiden Beinen.

Nachfolge der Witte verunglückte Gesehn. Freitagmorgen, das 19 Jahre alte Dienstmädchen Gesehn, das bei dem Kaufmann Herrmann in der Schützenstraße Nr. 66 in Stellung ist. Das Mädchen fiel auf der Straße hin, brach sich ein Bein und mußte nach der Charité gebracht werden.

Die fortgeschrittenen Verurteilungen von Fleischermeistern wegen Aufzuges von Preiserhöhungen zu Hack- und Schabefleisch veranlaßt die „Allgemeine Fleischerzeitung“, Berlin SW. 19, einen Preis von 3000 M. für ein Mittel anzusetzen, das die gleichen konservierenden und färbenden Eigenschaften wie schwefeligenes Salz ohne dessen angeblich die Gesundheit schädigende Eigenschaften besitzt. Das Preisrichterkollegium wird aus hervorragenden Spezialärzten, Chemikern und Fleischermeistern zusammengesetzt sein. Näheres Ansehen erteilt die genannte Fachzeitung.

Schadensfeuer bei Gerion. Von einem verheerenden Brande wurde gestern nacht das Kaufhaus Gerion am Werderschen Markt heimgesucht. Der ganze nach der Werderschen Straße zu gelegene zweite Stock mit einer Front von sechs großen Schaufenstern, sowie der nach dem Werderschen Markt gelegene Teil mit drei Schaufenstern ist total ausgebrannt, und es dürften die vernichteten Waren einen sehr hohen Wert repräsentieren. Der Straßendammbau wurde dabei mit Glasscherben dicht überzogen, da die großen, zoll-dicken Schaufensterheben durch die gewaltige Hitze auf die Straße geschleudert wurden. Eine große Abteilung von Schülern war unter Führung des Polizei-Obersten Krause zur Stelle, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Kurz nach 2 Uhr schlugen die ersten Flammen aus dem Fenster des Lagerraumes, der an das Nachbargebäude Nr. 5 der Werderschen Straße anstößt. Von hier aus griff das Feuer mit unheimlicher Schnelligkeit um sich, so daß die ersten Löscharbeiten bei ihrer Ankunft bereits die ganze Front in Flammen fanden. Sofort wurden weitere Verlösungen herangezogen, und etwa ein Dutzend Löscharbeiten machte sich an die Bekämpfung des Elementes. Von beiden Straßenseiten aus wurden über Treppen, sowie über zwei mechanische Leitern hinweg vorgegangen, wobei es hauptsächlich galt, dem Feuer den Weg zu verlegen, um wenigstens den bis dahin verschont gebliebenen Teil „Am Werderschen Markt“ zu retten. Es gelang das auch innerhalb 1 1/2 Stunden, trotzdem die Wassermengen beständig unter starker Rauchentwicklung zu leiden hatten. Bald nach 4 Uhr konnte Branddirektor Gierberg, der die Löscharbeiten leitete, den größten Teil der Hitze wieder entlassen. Die vollständige Wölbung nahm dann immerhin noch geraume Zeit in Anspruch. Neben die Löscharbeiten ist Sicherung nicht festzustellen. Sollte nicht glücklicherweise völlige Windstille geherrscht, so wäre die Gefahr nicht nur für das Gerionsche Grundstück, sondern auch für die Nachbargebäude sehr groß gewesen.

Feuerbericht. Die Nacht zum Freitag brachte zahlreiche Alarmierungen. Krausenstraße 83 brannten Betten und ein Spind, Wollstraße 88 Möbel und Gardinen. Ein Alarm nach Admiralsstraße 6 betraf ein kleines Schadensfeuer in einem Meßingwarengeschäft. Wilhelmshavenerstraße 18 wurden Tische in einem Cigarrengeschäft eingeschert. In der Zeit von 1/2 bis 1/2 Uhr wurden nicht weniger als sechzehn Feuermelder höflich gezogen, ohne daß es gelang, die Täter zu ermitteln. Die Wachen hatten es auf die 1. Compagnie abgesehen, denn in deren Bereich lagen sämtliche mutwillig gezogene Melders. Es waren dies diejenigen in der Christianstraße, Wehmstraße, Franzlauerstraße 5, Schönhauser Allee 181, Wörtherstraße und Franzstraße 31. Freitag erfolgten Alarmierungen nach Ritterstraße 88, sowie nach der „Nennen- und Grünstraße“, doch lagen bei denselben geringfügige Anlässe vor.

Eine künftige Feuerwache ist jetzt auch für die Aufführungen im Wintergarten, Apollo- und Metropol-Theater eingerichtet, während bisher nur die großen Theater von der Feuerwehre mit Wachtposten bedacht wurden.

Das neue American-Theater, dessen Berlin sich seit einigen Wochen ereignet, war am Donnerstag bereits bei einem Jubiläum, und zwar sogar bei einem 25jährigen, angelangt. Sein Direktor Herr Emil Schnabl, beging nämlich durch eine Festvortragung den Tag, an welchem er vor 25 Jahren die Künstlerlaufbahn betreten hatte. In dem Repertoire „Stadl Berlin“ brachten die Mitglieder der Bühne dem Jubilar ihre Huldigung dar; und nachdem die Specialitäten gezeigt hatten, was sie konnten, stellte das Original-Schnabl-Trio Herr und Frau Schnabl und Herr Walder sich in der Gestalt vor, die ihn vor 12 Jahren eigen war. Am Schluß aber erwies die Landapester Komiker-Gesellschaft ihrem Landmann und Kollegen dadurch eine Freude, daß sie auf seiner Bühne ein amüßiges Charakterbild „Die letzte Ehre“ zum besten gaben.

Die seltsame Erscheinung, daß die österreichische Vortragskunst sich beim Berliner Publikum mehr und mehr in Gunst setzt, sei an diesem Abend ganz besonders auf. Bei den Herantritten mag in Betracht kommen, daß das pilante Mäuscheln der ihnen eigenen Art angedeuteter Charakterdarstellung einen Reiz verleiht, der den Berliner außerordentlich reizt. Diese holde-Gabe entbehrt aber Herr Schnabl, und trotzdem sprechen seine stark Wienerischen Vorträge in unserem rauhen Norden mehr und mehr an. Die Millionensatz bietet gewiß Raum für viele, aber dennoch muß es auffallen, daß zwei österreichische Komiker-Gesellschaften eine Anziehungskraft ausüben, die stark genug ist, um jeder von ihnen hier ein ständiges Heim zu sichern.

Wesentlich löst der graufige Verfall der Berliner Post diese Wirkung. Seit den Tagen, wo der nunmehr entschlossene Selmerding sich von öffentlichen Wirtzen zurückgezogen hat, ist ja mit ihr auch das Berliner Complet recht heruntergekommen. Die Benutzen, die was Neutler, Talente haben, sind durch einseitiges Virtuositentum, wie auch durch die Enge der Polizeigenur an der freien Entfaltung gehindert. So mag es denn kommen, daß Berlin an fremden Wirtzen Gefallen findet.

Die Urania veröffentliche gegenwärtig das Programm der im kommenden Quartal stattfindenden Vorträge. Die Referate umfassen: 10 Vorträge über „Electrodynamik“ (Dr. G. Spies), 10 Vorträge über „Technologie des täglichen Lebens“ (Dr. G. Kahl), 5 Vorträge über „unverarbeitete Raviel aus dem Weibste der Götter“ (Dr. S. Schwann), und 6 Vorträge über „die Naturgeschichte im Allgemeinen“ (Professor Dr. G. Müller). Ausführliche Bericht und an der Sage erhältlich, oder werden auf Wunsch kostenlos zugesandt.

Theater und Vergnügungen. Im Schiller-Theater ist die Besetzung der Hauptrollen in der heutigen ersten Aufführung der dreitägigen Komödie „In Behandlung“ von Max Dreger folgende: Verhöhl Wleener: Albert Patry; Libbels Weigel: Alois Biede; Christian Oberlich: Julius Euben; Frau Eleonora: Agnes Werner; Marie: Ute Selig; Edith Schwan: Marie Voigt; Frau Holzendahl: Marie Gandra; Ferdinand Zander: Ferdinand Gregori; Hansen: Alfred Schmalow; Frau Jansen: Margarete Harting. — Im Carl Weich-Theater geht heute nachmittags bei kleinen Preisen „Schneewittchen“ als Kinder-Vorstellung in Scene. Am Abend findet die erste Aufführung von der Lustspielkomödie „Kinder der Hölle“ statt. — Im Thalia-Theater wird die Lustspielkomödie „Im Himmelhof“ heute zuerst gegeben.

Die Märchen-Parties für die Großen und Kleinen veranstaltet Max Lawrence am Donnerstag, den 28. Dezember, mittags 12 Uhr, im großen Saale des Anstaltshaus. — Freier Eintritt in den Circus Schumann hat am Heiligabend, Sonntag, den 24. d. M., jedes Kind in Begleitung eines Erwachsenen. Die Weihnachtsfeier beginnt um 5 Uhr und endet, mit Rücksicht auf die Besetzung, vor 8 Uhr. — Im Circus Buch finden Sonntagmorgen zwei Vorstellungen statt; die erste beginnt um 3 Uhr und um 1/2 Uhr endend, die zweite um 6 Uhr. In beiden Vorstellungen haben Kinder nur halbe Preise zu zahlen und jedes Erwachsene darf ein Kind mit sich bringen.

Aus den Nachbarorten.

Abfchiebefeier. Am 20. d. M., dem zweiten Weihnachtsfeiertag, mittags 1 Uhr, findet in Stralau (im Lokale der Witwe Schöner, Neu-Seeland) das Abfchiebefeier zu Ehren des aus Preußen ausgewiesenen Vertrauensmannes des Niederbarnimer Kreises, Anton Kopp, statt.

Die freie Turnerschaft Johannisthal veranstaltet am ersten Feiertag, abends 6 Uhr, in Senflehens Lokal in Johannisthal eine Weihnachtsfeier, verbunden mit allgemeiner Kinderbesetzung. Jedes Kind erhält ein Geschenk. Freunde und Gönner sind willkommen. Der Vertrauensmann.

Zwei Opfer der Kälte. Der strengen Winterkälte ist am Spandauer Berg in der Nähe der „Waldschänke“ ein Menschenleben zum Opfer gefallen. Gestern morgen um 10 Uhr fanden dort selbst vorübergehende Arbeiter am Boden liegend einen vollständig erstarrten, etwa 30 Jahre alten Mann vor, der nach dem bei ihm vorgefundenen Bescheinigungspapier mit einem Schriftsteler H. aus Charlottenburg identisch ist. Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg. Vermutlich ist H. in der Trunkenheit zu Falle gekommen und hat sich nicht wieder aufzuwecken vermocht. — Auch in der Wilmersdorferstraße zu Charlottenburg, gegenüber dem Sportplatz Anstaltendammbau, wurde die Leiche eines erkrankten Mannes aufgefunden, deren Identität mangels jeglicher Ausweisepapiere nicht festgestellt werden konnte. Der Tote ist etwa 55 Jahre alt und hat blonde Haare, sowie blonden Schimmer und Vordarm. Bekleidet war er mit braunem Sommer-Heberzieher, braunem Jackett, schwarzem Rock, sowie Pfeffer- und salzfarbiger Hose, brauner Wollmütze, schwarzen Pulswärmern und Jagstiefeln. Der Unglückliche ist anscheinend im Freien eingeschlafen und erstorben.

Zum Artikel der Grundstücks-Spekulation liefert einen äußerst charakteristischen Beitrag ein Geschäft dieser Art, das in den letzten Wochen in Schöneberg gemacht worden ist. Dort ist das an der Ecke der Haupt- und Tempelhoferstraße liegende ausgedehnte Hof- und Gartengrundstück, auf welchem sich die bekannte Gasthaus-Wirtschaft „Zum Hirsch“ befindet, die sich seit langen Jahren im Besitz der Familie Kloss befand und immer in dieser vom Vater auf den Sohn vererbt hat, vor etwa drei Wochen von dem Unternehmer Kurt Wehring angekauft worden und zwar für den Preis von 400 000 M. Lediglich nun aber die Kaufsumme bezu. Abtretung des Grundstücks an Wehring erst am 31. März nächsten Jahres erfolgt, hat der neue Besitzer doch schon wieder einen Teil des Grundstücks von 40 Meter Front an der Hauptstraße und 40 Meter an der Tempelhoferstraße zu dem horrenden Preise von 3500 M. pro Quadratmeter weiterverkauft, während für den übrigen Teil des Grundstücks an der Tempelhoferstraße der neue Eigentümer 1200 M. pro Quadratmeter fordert. Dieser Preis ist der höchste, der bisher in Alt-Schöneberg bei Terrainspekulationen erzielt worden ist.

Pankow. Ein Jahr lang will die Gemeindevertretung die Frage der Errichtung einer Fortbildungsschule ruhen lassen. Solche Kulturaufgaben eilen ja auch nicht. — Am 1. April tritt das Ortsstatut, betreffend die Versorgung der Witwen und Waisen der Gemeindebeamten in Kraft. Ein Antrag auf — Erhöhung der Gehälter dieser Beamten wurde abgelehnt. — Die Haltestelle der Nordbahn soll nach der Ballanstraße verlegt werden. — In einer Konferenz im Berliner Polizeipräsidium, an welcher die Amtsvorsteher der Vororte teilnahmen, wurde die Stationierung von Kriminalbeamten in den Vororten von neuem erörtert. Pankow erklärte abermals, daß es keinen Bedarf für diese Besetzung verpönte. Trotzdem wird in kurzer Zeit die Berliner Kriminalpolizei den Ring um die Vororte schließen und auch Pankow wird der Berliner Kriminalpolizei teilhaftig werden.

Die Eidecke des Müggelsees ist wieder vollständig sicher. Auf der Oberhavel, in der Gegend von Helligensee und Nieder-Neuendorf, hat das Eis eine solche Stärke erreicht, daß die Bauern mit Pferd und Wagen hinüberfahren.

Die uralte Sitte des Weihnachts-Antutens in den Fischerdörfern Tiefwerder und Wichersdorf bei Spandau ist mit dem Ende dieses Jahrhunderts beseitigt worden. Der noch aus der Weidenzeit übernommene, später der christlichen Religion angepaßte Brauch bestand darin, daß alljährlich neun Tage vor Weihnachten die älteren Schulknaben jeden Abend in der Dämmerstunde von Haus zu Haus wanderten, wobei sie vor jedem Schöffe Hornrufes aus eigenartig geformten Blechinstrumenten ertönen ließen. In Weihnachten wurden sie dann von den Fischern beschenkt, auch fand ein festlicher Anzug unter selbstamen Förmlichkeiten statt. Nachdem beide Dörfer durch starken Frost aus der Stadt ihren alten Charakter verloren, schwand auch allmählich der Sinn für jene alte Sitte; schließlich haben die neuer Bewohner, denen nach den Verträgen des modern-christlichen Patriarchats kein Recht mehr dem Leben diktiert, das „Antuten“ als eine lästige Störung an. Nachdem das „Weihnachts-Antuten“ in Pichelsdorf schon im vorigen Jahre nicht mehr stattgefunden, hat man zu diesem Weihnachtsfest auch in Tiefwerder auf jene von den Vätern überlieferte Sitte verzichtet.

Eisenbahn-Militarismus. Ein deutscher Panzer-Eisenbahnzug verkehrt jetzt auf der Militär-Eisenbahn Schöneberg-Neuendorf. Die Waggon sind aus Oerlitzschen leichten Panzerplatten hergestellt. Mannschaften der Eisenbahnbrigade dienen als Besatzung. Der Zug ist mit einem Maschinengewehr ausgerüstet. Der Wagen, in dem sich die mit Gewehren bewaffnete Mannschaft befindet, sieht wie eine Festungsmauer mit Schießscharten aus. Nach oben ist der Wagen offen. In einem besonderen Panzerwagen vor der Lokomotive befindet sich das drehbare leichte Geschütz. Dasselbe kann nach drei Richtungen feuern.

Soziale Rechtspflege.

Körperverletzung oder Betriebsunfall? Der Schlächter Jordan war auf dem jüdischen Viehhofe in Berlin vom Schlächter Rudow anlässlich eines Streites zu Boden geworfen worden und hatte eine erhebliche Beinverletzung davon getragen. Seinen Anspruch auf eine Unfallrente wies die Fleischerei-Vereins-gesellschaft ab, weil ein Unfall „beim Betriebe“ nicht vorliege. Jordan legte Verurteilung ein und machte geltend, daß er während seiner Dienzeit und auf der Arbeitsstätte verletzt worden sei, also ein Zusammenhang mit dem Betriebe vorhanden wäre. Rudow habe ihn ohne besondere Anlaß angerempelt und ihn, sowie eine Frau Appelt, welche Hundestulle holte, durch hässliche Ausmerkungen beleidigt. Er habe sich das ver-

beten und sei dann wieder von Rudow angepöcht und zu Boden geworfen worden, worauf er einen heftigen Schmerz am Fuß verspürt habe und die Unfallstation habe aufsuchen müssen. Das Schiedsgericht verwarf jedoch die Berufung und das Reichsversicherungsamt als Rekursinstanz erlaubte ebenfalls die Klagen des Klägers, indem es zusammenhängend mit dem Betriebe infolge gegeben sei, als der ganze Vorgang sich auf der Betriebsstätte abgepielt habe, so sei doch entscheidend, daß der Unfall durch persönliche Verletzungen und nicht durch den Betrieb selbst veranlaßt worden sei. Im allgemeinen sei davon auszugehen, daß Körperverletzungen, welche einem Arbeiter von einem Mitarbeiter oder von einer dritten Person vorwiegend beigebracht werden, sich nicht schon deshalb als Betriebsunfälle darstellen, weil sie zur Zeit und am Orte des Betriebes sich ereigneten. Ein Betriebsunfall sei namentlich da nicht anzunehmen, wo der Unfall der Körperverletzung oder des Sturzes, gelegentlich dessen die Verletzung erfolgte, nicht mit dem Betriebe in Verbindung steht, sondern rein persönlichen Verhältnissen zwischen den Beteiligten entspringe.

Geriichts-Beilage.

Das Vereinsgesetz gegen Arbeiterverfassungen. Von der Anklage der Ruwertalverhandlung gegen das anhaltische Vereinsgesetz sind am 12. Juli von der Strafkammer zu Bernburg unsere Parteigenossen Enise Ziegler, Körner und 8 Mitangeklagte freigesprochen worden. Es handelte sich um die unterlassene Anmeldung zweier öffentlicher Versammlungen, in welchen nach Ansicht der Anklage öffentliche Angelegenheiten erörtert worden sind und in welchen die Angeklagte Ziegler als Rednerin aufgetreten ist. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hob das Reichsgericht das Urteil in dem einen Falle auf und verwies die Sache insoweit an die Strafkammer zurück.

Der Bund der Landwirte und die Landtagswahl in Hensburg. Das Landgericht Hensburg hat am 5. November den Hofbesitzer Gottlieb Jiese, den Burgbesitzer Oskar Alexander Milberg und den Redacteur der „Deutschen Tageszeitung“ in Berlin, A. G. Strehle, zu 500 M. bzw. 150 M. und 50 M. verurteilt, weil als erwiesen angenommen wurde, daß sie den Landrat des Kreises Hensburg, Dr. Raich, durch Veröffentlichungen, Jiese auch durch eine Rede, beleidigt haben. Der Vorwurf, den Jiese gegen den Landrat erhoben haben, gipfelte darin, daß er durch willkürliches Vorgehen die Interessen des Bundes der Landwirte geschädigt und dadurch die Wahl des national-liberalen Kandidaten Jepsen herbeigeführt habe, ferner daß er seinem Amte nicht gewachsen sei. Wegen des Urteils hatten sowohl die Angeklagten als auch der Staatsanwalt und der als Nebenkläger auftretende Landrat Revision eingelegt. — Gemäß dem Antrage des Reichsanwalts verwarf das Reichsgericht die Revisionen des Staatsanwalts und des Nebenklägers als unbegründet, dagegen hob es auf die Revision der drei Angeklagten das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Zur Aufhebung führte die Beschwerde, welche Verurteilung des § 198 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) rügte. Das Reichsgericht erachtete weder die Form noch die Umstände, welche für die Abwehr der Beleidigung sprechen sollten, für ausreichend festgestellt.

Unsehlige Strafe. Wegen Gewaltthätigkeit bei einem Auftrage gegen einen Vorgeleiteten, wegen Schlägersverletzung und Gehorsamsverweigerung, sowie wegen unerlaubter Entfernung ist der Obermatrose Jürgen Alster vom Kriegsdampf „Sachsen“, der der dritten Compagnie der ersten Matrosen-Division angehört, durch Kriegsgerichtliches Urteil zu sechs Jahren Zuchthaus und Entfernung aus der Marine verurteilt worden. Das Urteil ist an die im Lübbauer Prozeß an Arbeitern geklöte Verurteilung!

Vermishtes.

Aus Antwerpen wird vom Freitag berichtet: Der englische Dampfer „Ragie Mac Rair“ gilt als verloren; die Mannschaft hat das Schiff, welches nahezu voll Wasser ist, verlassen. Der Wert der auf Getreide und Wolle bestehenden Ladung des Dampfers wird auf 3 Millionen geschätzt.

Der deutsche Dampfer „Luciana“ ist mit einer leichten Beschädigung am Bug heute nachmittags im hiesigen Hafen eingetroffen. — Der deutsche Dampfer „Albing“ ist ohne Verlust wieder flott geworden und ankert bei Wismar. Der Nebel dauert an.

Flüchtiger Kassenrentant. Die der „Okef-Itz“ gemeldet wird, ist der Rentant der Kreis-Kommunalkasse in Zuhrenhude, der Kreis-Kassen-Sekretär Franke, seit Sonntag verschwunden; wie vermutet wird, ist er flüchtig geworden. In der von ihm verwalteten Kasse sind Unregelmäßigkeiten entdeckt.

Der Winter. In Oberhausen wurde vorgestern auf einem Dingerhansen an der Gländenstraße die Leiche eines älteren Mannes gefunden. Er war erfroren. Der Mann hatte aus Mangel eines Nachtlagers den Dingerhansen als Unterhütte aufgeschlagen. — Bei Seghe (Waldhölz) ist ferner der 37-jährige Bauer Carl, bei Innervillgraten (Puffenthal) die 82-jährige Tagelöhnerin Eger erfroren.

In Paris ist, wie bei der anhaltenden Kälte vorauszusehen war, die Seine zugefroren. Nur wenige Stellen sind noch offen, und große Besorgnis herrscht wegen des nun zu erwartenden Eisgangs, durch den die Wellenausstellungen-Wanten am Fluße, die auf Pfählen ruhen, bedroht sind. In erster Linie ist „St. Paris“ gefährdet, da es an einem Ende der Seine liegt und daher die ganze Kraft des Eisstopes auszuhalten hat.

Infolge stürmischen Vorwärters ist jeder Verkehr im Trierer Hafen unmöglich; die Schiffsausladung und -Verladung ist gestört, weshalb die Lloyd-Gesellschaft sich entschlossen hat, zwei große Dampfer behufs Verladung der für Japan, China und Japan bestimmten Güter zu mieten. Ferner wird aus Nikoplo gemeldet, daß auch dort der Sturm Verberungen angerichtet hat. Mehrere Häuser wurden beschädigt; eine Person wurde getötet, mehrere Personen wurden verletzt. Der Materialschaden wird auf ungefähr eine halbe Million geschätzt.

Infolge von Schneefällen und heftigen Schneeverwehungen ist der Verkehr auf sämtlichen Bahnen Südrusslands unterbrochen. Die Kälte ist bis auf 15 Grad gesunken. — Aus Noworossisk am Schwarzen Meer meldet der Telegraph: Seit 3 Tagen wüthet ein heftiger Orkan, der die Dächer der Häuser abreißt, Jänne umwirft, Telegraphen- und Telephonleitungen zerstört und kleinere Holzgebäude längs der Eisenbahnlinie beschädigt. Die Verluste sind sehr groß. Mehrere Segelschiffe wurden an die Riffe geworfen, ein englischer und ein griechischer Dampfer sind in der Nacht vom Eise eingeschlossen, ein anderer Dampfer ist verschollen. Feuerbrünste veranlaßten in mehreren Magazinen Schaden.

In Brüssel ist der Rusler Dupont am Donnerstagabend gestorben.

Dynamit beim Diebstahlhandwerk. Aus Paris wird der „Post-Zeitung“ gemeldet: Gestern nacht brachen Diebe bei der Schafwagen-Gesellschaft ein, stromten ein Loch in das Stahlband, führten eine Dynamitpatrone ein, sprengten den Schrauf auf und raubten einen Geldbetrag, den das „Zeit-Journal“ auf 140 000 Franc angibt. In den Zeitungsbereichen ist bekanntlich, daß der Inhalt des Spindes durch das Dynamit nicht beschädigt wurde, und daß die Umhüllung des Spindes mit Boden, bis vorgefunden wurden, den Knall bis zur Unhörbarkeit gedämpft haben soll.

Aus Bozen wird berichtet: Der Magistrat erndete Nachforschungen nach dem Studenten Otto Wadwig aus Dresden an, welcher bei Hochtouren im Gebirge verlaufenen ist; derselbe ist wahrscheinlich verunglückt.

Die Sterblichkeit in der Stadt Bombay ist wieder bedeutend im Steigen. Dienstag sind 240 Personen gestorben, gemeist an Pest.

